



# Staats-Anzeiger

## FÜR DAS LAND HESSEN

1959

Samstag, den 28. November 1959

Nr. 48

**I N H A L T**

**Seite**

**Seite**

**Der Hessische Ministerpräsident**  
 Staatliche Anerkennung von Rettungstaten . . . . . 1301  
 Ungültigkeitserklärung eines Unterbringungsscheines . . . . . 1301

**Der Hessische Minister des Innern**  
 Verordnung über die Polizeistunde . . . . . 1301  
 Gewährung von Zinsbeihilfen zur Finanzierung gemeindlicher Er-  
 schließungsmaßnahmen aus öffentlichen Wohnungsbaumitteln 1302

**Der Hessische Minister der Finanzen**  
 Anrechnung von Dienstzeiten, die im öffentlichen Dienst in der  
 sowjetischen Besatzungszone verbracht worden sind, nach  
 § 7 ATO . . . . . 1303

**Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung**  
 Bewertungsergebnisse über die 194. Sitzung am 7.,  
 8. und 9. Oktober 1959 . . . . . 1304  
 Errichtung der katholischen Kirchengemeinde und Pfarrkuratie  
 Bachrain . . . . . 1305

**Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr**  
 Anordnung über die Gebühren für Kredite der Teilzahlungs-  
 finanzierungsinstitute vom 5. November 1959 . . . . . 1305

**Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und  
 Gesundheitswesen**  
 Ausweiswesen für Schwerbeschädigte und Schwererwerbsbe-  
 schränkte . . . . . 1306  
 Zurücknahme der Bestallung als Tierarzt . . . . . 1306  
 Ungültigkeitserklärung von Sprengstofflaubnisscheinen . . . . . 1306  
 Ergebnis der Wahl zur Delegiertenversammlung der Landes-tier-  
 ärztekammer . . . . . 1306  
 Gewerbeaufsicht; hier: Verkehr mit brennbaren Flüssigkeiten;  
 Lagerung brennbarer Flüssigkeiten der Gefahrklasse A III  
 ohne Auffangraum . . . . . 1306

Änderung der Dienstbereiche der amtlichen Weinkontrolleure . . . . . 1306  
 Wahl zur Delegiertenversammlung der Landes Zahnärztekammer  
 Hessen . . . . . 1307  
 Die gemeldeten Infektionskrankheiten . . . . . 1307

**Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten**  
 Beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren Wambach, Kreis  
 Untertaunus . . . . . 1307  
 Änderung der Löhne der Waldarbeiter in den hessischen Staats-  
 forsten (Lohntarifvertrag vom 25. 9. 1959) . . . . . 1308  
 Beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren Londerf, Krs. Gießen 1309

**Personalnachrichten**  
 B. im Bereich des Hessischen Ministerpräsidenten . . . . . 1309  
 C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern . . . . . 1309  
 D. im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen . . . . . 1310  
 F. im Bereich des Hessischen Ministers für Erziehung u. Volks-  
 bildung . . . . . 1311  
 H. im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohl-  
 fahrt und Gesundheitswesen . . . . . 1311

**Regierungspräsidenten**  
**DARMSTADT**  
 Erlöschen der Bestellung als Sachverständige . . . . . 1312  
 Wasserrechtliche Bekanntmachung über Zutageförderung und  
 Fortleitung unterirdischen Wassers aus Brunnen im Quell-  
 gebiet des Wasserwerkes Inheiden, Landkreis Gießen . . . . . 1312

**WIESBADEN**  
 Erlöschen einer Bestellung als Schiffseichaufnehmer . . . . . 1312  
 Ungültigkeitserklärungen von Bescheiden über die Registrierung  
 Evakuierter . . . . . 1312

**Öffentlicher Anzeiger** . . . . . 1313

**1132**

**Der Hessische Ministerpräsident**

**Staatliche Anerkennung von Rettungstaten**

Für die Rettung eines Menschen vor dem Tode am 9. Mai 1959 spreche ich Herrn Polizeiobermeister Jakob Petry, Mühlheim (Main), Dank und Anerkennung aus.

Wiesbaden, 26. 9. 1959

**Der Hessische Ministerpräsident**  
 Abt. II/6 — Az.: 14 c  
 St.Anz. 48/1959 S. 1301

**1133**

**Ungültigkeitserklärung eines Unterbringungsscheines**

Der Unterbringungsschein des nachstehend aufgeführten bisherigen Unterbringungsteilnehmers ist in Verlust geraten und wird für ungültig erklärt:

Dr. med. Hermann H u m m e l, geb. am 18. 1. 1912, Medizinalrat z. Wv., Unterbringungsschein 16 — I Nr. H/0334. Wiesbaden, 13. 11. 1959

**Der Direktor des Landespersonalamtes Hessen**  
 II/11 — LS 1741  
 St.Anz. 48/1959 S. 1301

**1134**

**Der Hessische Minister des Innern**

**Verordnung über die Polizeistunde**

In meinem Ausführungserlaß vom 18. 12. 1958 (StAnz. 1959 S. 2) zu § 5 Abs. 1 Nr. 2 der Verordnung über die Polizeistunde vom 18. 11. 1954 (GVBl. S. 269) habe ich beispielhaft angeführt, welche Fälle als „besonderer Anlaß“ im Sinne der genannten Vorschrift angesehen werden können und deshalb die Festsetzung der Polizeistunde auf einen späteren Zeitpunkt rechtfertigen, und in welchen Fällen eine solche Maßnahme rechtlich nicht vertretbar ist.

Ich habe Anlaß, auf die genaue Beachtung meines Erlasses hinzuweisen. Die großzügige Hinausschiebung des Beginns der Polizeistunde hat wiederholt zu Beschwerden aus der Bevölkerung geführt, die sich gegen den bis in die späten Nachtstunden andauernden Lärm aus Gast- und Schankwirtschaften richten. Der Lärm werde meistens von Personen jugendlichen Alters verursacht, die insbesondere solche Lokale bevorzugten, in denen Musikautomaten aufgestellt sind.

Diese Folgen der längeren Offenhaltung von Gast- und Schankwirtschaften beeinträchtigen erheblich die Bemühungen der Landesregierung um eine wirksame Bekämpfung des Lärms. Ich bitte deshalb — dies gilt auch für die nach § 3 der Verordnung über die Polizeistunde zuständigen Behörden —, bei der Entscheidung über Anträge auf spätere Festsetzung der Polizeistunde stets sorgfältig zu prüfen, ob die Voraussetzungen dafür vorliegen, wobei ich noch darauf hinweise, daß nach § 14 Abs. 2 des Gaststättengesetzes „besondere örtliche Verhältnisse“ eine Ausnahmeregelung rechtfertigen müssen. Keinesfalls dürfen für die Entscheidung finanzielle Erwägungen im Hinblick auf die zu erwartende Gebühreneinnahme maßgebend sein.

Wiesbaden, 12. 11. 1959

**Der Hessische Minister des Innern**  
 III b — 73 g 14

St.Anz. 48/1959 S. 1301

1135

An die Gemeindeaufsichtsbehörden und Gemeinden

**Gewährung von Zinsbeihilfen zur Finanzierung gemeindlicher Erschließungsmaßnahmen aus öffentlichen Wohnungsbaumitteln.**

Die Finanzierung von Erschließungsmaßnahmen größeren Umfangs für die verschiedenen Wohnungsbauprogramme bereitet den Gemeinden nach wie vor erhebliche Schwierigkeiten. Das Land Hessen ist deshalb bereit, neben den bisher schon aus dem Ausgleichsstock zur Verfügung gestellten Beihilfen an kreisangehörige Gemeinden zur Förderung des Straßenbaues in Wohnsiedlungen, die aus übergeordneten Gesichtspunkten entstanden sind, nunmehr auch Zinsbeihilfen zur Finanzierung gemeindlicher Erschließungsmaßnahmen aus öffentlichen Wohnungsbaumitteln zu gewähren. Diese sind dazu bestimmt, die den Gemeinden aus der Erschließung neuen Baugeländes für den sozialen Wohnungsbau erwachsenden finanziellen Lasten verringern zu helfen.

Für die Gewährung der Zinsbeihilfen werden im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen die nachstehenden Richtlinien erlassen.

**Richtlinien**

für die Gewährung von Zinsbeihilfen zur Finanzierung gemeindlicher Erschließungsmaßnahmen aus öffentlichen Wohnungsbaumitteln.

**I.**

1. Unbeschadet der bisher schon gegebenen Möglichkeit der Beihilfegewährung aus Mitteln des Landesausgleichsstocks (Einzelplan 17 — 10 — 607) kann Gemeinden zur Erschließung von Baugelände für neue, zusammenhängende Siedlungsgebiete eine Zinsbeihilfe aus öffentlichen Wohnungsbaumitteln (Landesstock für Wohnungs- und Siedlungsbau Kap. 59 Titel 712) gewährt werden für

- a) den Bau von Trinkwasser- und Abwasseranlagen, soweit diese nicht nach dem Gesetz über die Schuldendiensthilfe für den Bau von Trinkwasser- und Abwasseranlagen vom 17. 5. 1956 (GVBl. S. 105) gefördert werden;
- b) die Herstellung von Verkehrsflächen;
- c) die Anlage von Erholungsflächen;
- d) die Errichtung von Energieversorgungsleitungen.

2. Die unter Nr. 1 genannten Maßnahmen können gefördert werden, wenn ihre Kosten entweder

- a) endgültig von der Gemeinde zu tragen sind, oder
- b) der Gemeinde zwar — z. B. in Form von Anliegerbeiträgen — erstattet werden, von dieser aber vorzufinanzieren sind.

3. Folgeeinrichtungen (z. B. Schulen, Kindergärten) gelten nicht als förderungsfähige Erschließungsmaßnahmen i. S. dieser Richtlinien.

**II.**

1. Die Gewährung einer Zinsbeihilfe setzt voraus, daß

- a) innerhalb der Gemeinde erschlossenes Baugelände für den öffentlich geförderten Wohnungsbau nicht in hinreichendem Umfang zur Verfügung steht;
- b) die Bebauung des für die Erschließung vorgesehenen Geländes sich in die geordnete bauliche Entwicklung der Gemeinde einfügt;
- c) wenigstens 60% des zur Erschließung vorgesehenen Geländes für Vorhaben des öffentlich geförderten Wohnungsbau bestimmt sind;
- d) die Erschließungsmaßnahmen unmittelbar und überwiegend dem zu erschließenden Wohngelände dienen;
- e) die Finanzierung gesichert ist;
- f) alle sonstigen Finanzierungshilfen — z. B. Anliegerbeiträge sowie Zuschüsse aus öffentlichen und privaten Mitteln — ausgeschöpft sind;
- g) die Darlehen für die Finanzierung der förderungsfähigen Maßnahmen nach dem 1. 4. 1959 auf dem freien Kapitalmarkt zu marktgerechten Bedingungen aufgenommen werden und nicht zur Umschuldung früherer aufgenommenen Darlehen bestimmt sind;
- h) die Gemeinde sich an der Finanzierung der Erschließungsmaßnahmen in einem ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit

angemessenen Umfangs beteiligt und im Zeitpunkt der Antragstellung nicht in der Lage ist, den Zinsendienst für die aufzunehmenden Erschließungsdarlehen ohne Gefährdung ihrer Haushaltswirtschaft allein zu tragen.

**III.**

1. Liegen die Voraussetzungen der Abschnitte I und II vor, können Zinsbeihilfen bis zur Höhe des nach § 107 HGO genehmigten marktgerechten Zinssatzes gewährt werden

- a) für Darlehen, die der Vorfinanzierung umlegungsfähiger Erschließungskosten dienen, auf die Dauer von längstens 3 Jahren;
- b) für Darlehen, die der Finanzierung von Erschließungskosten dienen, die endgültig von der Gemeinde zu tragen sind, auf die Dauer von längstens 5 Jahren.

2. Die Zinsbeihilfe wird in jährlich gleichbleibender Höhe gezahlt und gilt, auch soweit sie wegen ersparter Zinsen zur Tilgung verwendet wird, als verlorener Zuschuß.

3. Die Zinsbeihilfe kann zur Verminderung des Kapitalbedarfs auch im voraus in einer Summe gezahlt werden.

**IV.**

1. Anträge auf Gewährung einer Zinsbeihilfe sind mit unter Verwendung des in der Anlage \* abgedruckten Musters auf dem Dienstwege vorzulegen.

2. Den Anträgen sind beizufügen:

- a) für das zu erschließende Baugelände ein Lageplan im Maßstab 1 : 10 000;
- b) die in Abschnitt III Nr. 2a) bis c) meines Erlasses vom 25. 5. 1954 — IV c 33 b 06/01 (St.Anz. S. 552) — bezeichneten Unterlagen.

3) Die Landräte und Regierungspräsidenten haben zu den Anträgen Stellung zu nehmen, insbesondere zur Frage der finanziellen Leistungsfähigkeit der Gemeinden. Gleichzeitig sollen sie sich dazu äußern, ob die gemeindlichen Steuern, Gebühren, Beiträge sowie die Tarife für gemeindliche Versorgungsleistungen (Strom, Gas, Wasser) angemessen sind.

**V.**

Soweit die Zinsbeihilfe zur Verminderung des Kapitalbedarfs im voraus in einer Summe gezahlt wird (vgl. Abschnitt III Nr. 3) gilt für die Führung des Verwendungsnachweises mein Erlaß vom 28. 4. 1954 — IV c (3) 3 m 02 — 0320 (St.Anz. S. 504) sinngemäß.

Wiesbaden, 31. 10. 1959

**Der Hessische Minister des Innern**  
IV c 33 b — 08/012  
V g — 62 c — 44/81 — 5/59 —  
St.Anz. 48/1959 S. 1302

Antrag auf Gewährung einer Zinsbeihilfe für

- a) den Bau von Trinkwasser- und Abwasseranlagen\*)
- b) die Herstellung von Verkehrs- und Erholungsflächen\*)
- c) die Errichtung von Energieversorgungsleitungen\*)

**I.**

Stadt — Gemeinde — .....  
 Kreis .....  
 Reg.-Bezirk .....  
 Einwohnerzahl am 30. 9. 1939 .....  
 am 30. 9. 1957 .....  
 am 30. 9. 1958 .....

Örtliche Bezeichnung des Siedlungsgebietes:  
..... ha mit WE.

**II.**

1. In der Stadt — Gemeinde — steht erschlossenes Gelände für den öffentlich geförderten Wohnungsbau — nicht — mit einer Fläche von rd. .... ha (für rd. .... WE) zur Verfügung. Der Bedarf an öffentlich geförderten Wohnungen beträgt rd. .... WE.

Besondere Gründe für das Wachstum der Stadt — Gemeinde — und die Notwendigkeit der Erschließung des vorgesehenen Geländes:  
.....

2. Größe des zur Erschließung vorgesehenen Geländes  
..... ha.

\*) Nichtzutreffendes durchstreichen.

Zahl der darauf zu errichtenden WE rd. (einschl. freifinanzierter und steuerbegünstigter), davon im öffentlich geförderten Wohnungsbau rd. WE, davon Eigenheime rd.

3. Das Gelände ist durch rechtswirksamen (Bauleitplanbezeichnung) vom als (Baugebiet) ausgewiesen.

Falls ein rechtswirksamer Bauleitplan nicht vorliegt:

Die Bebauung des zur Erschließung vorgesehenen Geländes entspricht der geordneten Entwicklung des Gemeindegebietes (§ 3 Bauregel.VO). Die Ausweisung des Geländes als (Baugebiet) ist eingeleitet. (Erklärung der zuständigen Planungsbehörde liegt bei.)

Lageplan (1 : 10 000) ist beigefügt.

Die Lage des für den öffentlich geförderten Wohnungsbau bestimmten Gebietsteiles ist gekennzeichnet, soweit es nach dem gegenwärtigen Stand der Planung möglich ist. Es wird ausdrücklich erklärt, daß wenigstens 60% der zur Erschließung vorgesehenen Fläche für Bauvorhaben im öffentlich geförderten Wohnungsbau bestimmt sind.

III.

1. Kurze Beschreibung der Maßnahme. Notwendige technische Angaben. Umfang der Maßnahme auf dem Lageplan eintragen. (Bei Trinkwasser- und Abwasseranlagen ist Beginn und Hauptführung der Versorgungsleitungen auf dem Lageplan einzutragen.)

2. Träger der Maßnahme:

3. Die Trinkwasser- und Abwasseranlagen dienen unmittelbar dem zu erschließenden Gelände\*).

Die vorgesehenen Verkehrs- und Erholungsflächen dienen überwiegend dem Verkehrs- und Erholungsbedürfnis der Bewohner\*).

Die vorgesehenen Energieversorgungsleitungen dienen unmittelbar dem zu erschließenden Gelände\*).

Ein genehmigter und für den vorgesehenen Bauabschnitt baureifer Entwurf liegt vor.

4. Gesamtbaukosten: DM.

Davon entfallen auf:

- a) Trinkwasser- und Abwasseranlagen DM
b) Verkehrs- und Erholungsflächen DM
c) Energieversorgungsleitungen DM

Finanzierungsplan:

- zu a): DM
zu b): DM
zu c): DM

Die Finanzierung gemäß diesem Plan ist gesichert.

5. a) Im Falle der Gewährung von Schuldendiensthilfe für den Bau von Trinkwasser- und Abwasseranlagen gemäß Schuldendiensthilfegesetz vom 17. 5. 1956 in Verbindung mit der 1. DVO vom 7. 8. 1956:

\*) Nichtzutreffendes durchstreichen.

Von den unter 4 a) angegebenen Kosten sind „zuschußfähige Kosten“ DM. Antrag auf Gewährung der Schuldendiensthilfe ist am gestellt worden. Ihm wurde am — nicht — entsprochen.

Von den unter 4 a) angegebenen Kosten sind „nicht zuschußfähige Kosten“ DM. Zu ihrer Deckung sind folgende im Finanzierungsplan angegebene Mittel bestimmt:

Table with 5 columns: Darlehenssumme, Darlehensgeber, Zinssatz, Laufzeit, Auszahlungskurs. Rows 1-3.

Von den „nicht zuschußfähigen Kosten“ sind von den Anliegern und Abnehmern zu erstatten: DM

Davon sind bereits eingegangen: DM

b) Von den Kosten zu 4 b) sind durch die Anlieger zu erstatten: DM Davon sind bereits eingegangen: DM

c) Von den Kosten zu 4 c) sind durch die Abnehmer zu erstatten: DM Davon sind bereits eingegangen: DM

6. Es wird Zinsverbilligung beantragt für folgende Darlehen, die zur Finanzierung der

- a) Trinkwasser- und Abwasseranlagen\*)
b) Verkehrs- und Erholungsflächen\*)
c) Energieversorgungsleitungen\*)

vorgesehen sind:

\*) Nichtzutreffendes durchstreichen.

Table with 7 columns: Darlehenssumme, Darlehenssumme, Zinssatz, Laufzeit, Auszahlungskurs, Darlehensaufnahme durch, genehmigt am. Rows 1-6.

Die — das — Darlehen zu Nr. und Nr. dienen — dient —

- a) mit einem Betrag von DM der Vorfinanzierung von Kosten, die von den Anliegern — Abnehmern — zu erstatten sind; hierfür wird Zinsverbilligung in Höhe von % für die Dauer von Jahren beantragt;
b) mit einem Betrag von DM der Deckung der von der Stadt — Gemeinde — aus der Maßnahme endgültig zu tragenden Kosten; hierfür wird Zinsverbilligung in Höhe von % für die Dauer von Jahren beantragt.

Der Magistrat: Der Bürgermeister: Die Richtigkeit der vorstehenden Angaben wird hiermit bestätigt: , den 19.

Der Regierungspräsident: Der Landrat:

1136

Der Hessische Minister der Finanzen

Anrechnung von Dienstzeiten, die im öffentlichen Dienst in der sowjetischen Besatzungszone verbracht worden sind, nach § 7 ATO

Bezug: Mein Erlaß vom 29. 9. 1955 — P 2100 A — 227 — I 31 (St.Anz. S. 1056)

Um eine unterschiedliche Auslegung und damit eine nicht einheitliche Anwendung zu verhindern, erhält der letzte Absatz meines Bezugserlasses mit sofortiger Wirkung die folgende Fassung, die keine materielle Änderung des bisherigen Inhalts bedeutet:

„Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Vorschriften des § 7 Abs. 3 ATO, nach denen auf die Berücksichtigung von Vordienstzeiten vor einem freiwilligen Ausscheiden oder

einer Entlassung, die der Bedienstete zu vertreten hat, kein Anspruch besteht. Der Bedienstete muß also nachweisen, daß er nicht freiwillig ausgeschieden oder aus einem von ihm zu vertretenden Grunde entlassen worden ist. Eines solchen Nachweises bedarf es nicht bei Flüchtlingen, die als Sowjetzonenflüchtlinge im Sinne des § 3 des Bundesvertriebenengesetzes in der Fassung vom 14. August 1957 (BGBl. I S. 1215) anerkannt worden sind und die nach dem Notaufnahmegesetz ihren Aufenthalt befugt in der Bundesrepublik genommen haben.“

Wiesbaden, 6. 11. 1959 Der Hessische Minister der Finanzen P 2100 A — 71 — I 41 St.Anz. 48/1959 S. 1303

## Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung

### 1137 Bewertungsergebnisse über die 194. Bewertungssitzung am 7., 8. und 9. Oktober 1959

Filmtitel	Prüf-Nr.	Länge m	Hersteller	Herstellungsland	Verleiher	Kategorie	Prädikatskategorie	Gültigkeit bis*	Antrags-eingang am*	Prüf-Nr. d. FSK**
<b>Spielfilme</b>										
Brücke, Die	5856	2816	Fono-Film GmbH., Berlin	Deutschland	Deutsche Film Hansa GmbH. & Co., Hamburg	S	BW	—	4. 9. 1959	20762
Es war einmal — SF — (LA BELLE ET LA BETE)	5860	2537	Discina, Paris	Frankreich	Neue Filmkunst Walter Kirchner, Göttingen	S	BW	--	7. 9. 1959	274-b
große Illusion, Die — SF — (LA GRANDE ILLUSION)	5870	3097	R.A.C. Film, Paris	Frankreich	Deutsche Film Hansa GmbH. & Co., Hamburg	S	BW	---	14. 9. 1959	480-b
KÖRKARLEN — OF — mit deutschen Untertiteln — Agascope —	5114	2983	Nordisk Tonefilm, Stockholm	Schweden	noch offen	S	W	—	19. 3. 1959	19439
Mann geht durch die Wand, Ein	5700	2704	Kurt Ulrich Film GmbH., Berlin	Deutschland	Deutsche Film Hansa GmbH. & Co., Hamburg	S	W	—	11. 9. 1959	20759
... und alles verweht der Schnee — SF — (DER WEITE WEG) — Farbfilm —	4185-a	2105	Mosfilm, Moskau	UdSSR	Deutsche Film Hansa GmbH. & Co., Hamburg	S	W	—	16. 9. 1959	16118-a
<b>Abendfüllende Dokumentar-, Kultur-, Jugend-, Lehr- und Märchenfilme</b>										
Bremer Stadtmusikanten, Die — Farbfilm —	5901	2105	Schongerfilm Hubert Schonger, Inning/Ammersee	Deutschland	Jugendfilm-Verleih GmbH., Berlin	aM	W	--	21. 9. 1959	20521
<b>Kurzfilme</b>										
Aus einer kleinen Residenz	5775	332	H. G. Zeiss-Film, München	Deutschland	noch offen	K	BW	31. 12. 1964	7. 8. 1959	20596
DETI STRACHU — OF —	5807	385	Studio für populärwissenschaftliche Filme, Prag	Tschechoslowakei	noch offen	K	W	31. 12. 1964	18. 8. 1959	20355
ELEKTROLUMINESZENZ — SVETLO BUDOUCNOSTI — OF — Farbfilm —	5804	328	Studio für populärwissenschaftliche Filme, Prag	Tschechoslowakei	noch offen	L	W	—	17. 8. 1959	20354
Enrico Fermi und eine neue Welt — SF — (ENRICO FERMI E UN MONDO NUOVO)	5503	334	Marcello Terenzi, Rom	Italien	noch offen	D	W	31. 12. 1964	4. 5. 1959	19719
Erpressung	5771	276	Rees & Sohn, Stuttgart	Deutschland	noch offen	D	W	31. 12. 1964	7. 8. 1959	20625
GIRAFFE A PARIS, LA — OF — Farbfilm —	5527	482	Ampho, Paris	Frankreich	noch offen	K	W	31. 12. 1964	15. 5. 1959	20628
Immer Ärger am 31ten	5905	444	Profil-Film Frank Tietz, Köln	Deutschland	noch offen	K	W	31. 12. 1964	23. 9. 1959	20609
Nebenrollen	5906	302	BM-Film, Berlin	Deutschland	noch offen	K	W	31. 12. 1964	24. 9. 1959	20695
Nippon — SF — (JAPAN) — CinemaScope-Farbfilm —	5581	771	Walt Disney Productions, Burbank/Calif.	USA	J. Arthur Rank Film GmbH., Hamburg	K	W	31. 12. 1964	8. 6. 1959	19965
Port Bou	5896	297	Kaiser Film KG., Hamburg	Deutschland	noch offen	K	W	31. 12. 1964	23. 9. 1959	20756
Sie tötet um zu leben — SF — (L'EPEIRE) — Farbfilm —	5505	264	Lovidis Films, Paris	Frankreich	noch offen	K	W	31. 12. 1964	4. 5. 1959	19709
Tauchermädchen — SF — (AMA GIRLS) — CinemaScope-Farbfilm —	5583	792	Walt Disney Productions, Burbank/Calif.	USA	J. Arthur Rank Film GmbH., Hamburg	K	W	31. 12. 1964	8. 6. 1959	19973
VERSL'EAU CLAIRE — OF — Farbfilm —	5810	622	Films de Sagittaire, Paris	Frankreich	United Artists Corporation, Frankfurt/Main	D	W	31. 12. 1964	19. 8. 1959	20402
Fränkische Hirtenkultur — Farbfilm —	5855	290	München-Film GmbH., München	Deutschland	noch offen	K	W	31. 12. 1964	7. 9. 1959	20624

#### Als Tag der Bewertung gilt der 7. Oktober 1959

Als amtlicher Nachweis der positiven Bewertung gilt nur die gedruckte Prädikatskarte.

#### Erläuterungen:

\* Die Prädikate werden wirksam gemäß der gesetzlichen Regelung in den Ländern (Regelung gem. Abschnitt III — Nr. 1 (I) und Nr. 3 der Geschäfts- und Verfahrensordnung für die Filmbewertungsstelle vom 15. Juni 1957).

\*\* Unter den hier aufgeführten Prüfnummern wurden die Filme von der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft zur öffentlichen Vorführung freigegeben.

**1138**

**Errichtung der katholischen Kirchengemeinde und Pfarrkuratlie Bachrain**

Der Bischof von Fulda hat nach Anhörung bzw. Zustimmung der Beteiligten verordnet:

Die katholischen Einwohner von Bachrain werden zu einer selbständigen Kirchengemeinde zusammengeschlossen. Sie scheiden somit aus der Kirchengemeinde Künzell aus.

Die Abgrenzung der neuen Kirchengemeinde gegenüber der Kirchengemeinde Künzell beginnt bei der Bachmühle an dem Schnittpunkt Berliner Straße — Krätzbach, zieht dann den Krätzbach aufwärts bis zur NO-Grenze des Grundstückes 374/50.51.52, durchquert den Krätzbachgrund bis zum Oberen Ortsweg, geht an diesem in Richtung Künzell bis

„Bei den Tannen“, zieht dann im NO der Grundstücke 225/12 und 228/12 südöstlich bis zum Hahlweg, nimmt am Hahlweg Richtung Bachrain, um dann vom Hahlweg aus wieder in südöstlicher Richtung zwischen den Grundstücken 361/61 und 364/61 geradlinig durchzustößen bis zum Straßenwinkel an der Mündung des Totenweges an der Künzeler Gemarkungsgrenze.

Zugleich wird die neue Kirchengemeinde zur Pfarrkuratlie erhoben. Sie trägt den Namen „Pfarrkuratliegemeinde Maria von der immerwährenden Hilfe“.

Diese Urkunde tritt mit dem 1. November 1959 in Kraft.  
Wiesbaden, 10. 11. 1959

**Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung**  
VI/5 — 883/11 — 59  
St.Anz. 48/1959 S. 1305

**1139**

**Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr**

**Anordnung über die Gebühren für Kredite der Teilzahlungsfinanzierungsinstitute**

vom 5. November 1959

I. Auf Grund von § 36 des Gesetzes über das Kreditwesen werden in Übereinstimmung mit der Deutschen Bundesbank mit Wirkung vom 1. Januar 1960 folgende Höchstsätze für die Kreditgebühr bestimmt:

**1. A- und B-Geschäft:**

- a) bei Kreditbeträgen bis 300,— DM 1% pro Monat vom ursprünglichen Kreditbetrag
- b) bei Kreditbeträgen von mehr als 300,— DM bis 600,— DM 0,9% pro Monat vom ursprünglichen Kreditbetrag,
- c) bei Kreditbeträgen von mehr als 600,— DM 0,8% pro Monat vom ursprünglichen Kreditbetrag.

Daneben ist die Berechnung einer einmaligen Antragsgebühr bis zu DM 2,50 zulässig.

**2. C-Geschäft:**

0,65% — bei Gebrauchtfahrzeugen 0,7% pro Monat vom ursprünglichen Kreditbetrag zuzüglich einer Inkassogebühr von höchstens 1,50 DM bei bankdomizilierten und 2,— DM bei sonstigen Wechseln.

II. Die Laufzeit der Kredite soll 24 Monate nicht überschreiten.

III. Die Kreditinstitute haben die Anschlußfirmen zu verpflichten, daß sie im B- und C-Geschäft den Kreditnehmern keine höheren Kreditgebühren als die nach Abschnitt I zulässigen berechnen.

**IV. Rückerstattung von Kosten:**

**1. A- und B-Geschäft:**

Im Falle vorzeitiger Rückzahlung des gesamten Darlehns oder von Darlehnsrestbeträgen sind mindestens die gemäß Abschnitt I belasteten unverbrauchten Kreditgebühren anteilig vom vorzeitig zurückgezahlten Kreditbetrag zurückzu-

erstatten, sofern die Rückzahlungssumme mindestens zwei Monatsraten umfaßt und wenigstens 200,— DM beträgt.

**2. C-Geschäft:**

Im Falle vorzeitiger Rückzahlung des gesamten Darlehns oder von Darlehnsrestbeträgen sind mindestens 5% p. a. vom vorzeitig zurückgezahlten Kreditbetrag zurückzuerstatten.

**V. Vermittler-Kosten:**

Für die Vermittlung von Teilzahlungsfinanzierungskrediten darf der Kreditgeber vom Darlehnsnehmer keine Provision fordern. Soweit von Kreditgebern die Mitarbeit von Vermittlern in Anspruch genommen wird, sind die Vergütungen hierfür vom Kreditgeber selbst zu tragen. Die Annahme oder Vereinbarung sogenannter freiwilliger Vergütungen ist untersagt.

**Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr**

Ig — 1118 — A 1

St.Anz. 48/1959 S. 1305

**Anlage**

Beispiel der Berechnung einer Gebührenvergütung:

Kredit:	DM 500,—
0,9% Gebühren für 12 Monate	DM 54,—
	<hr/>
	DM 554,— in 12 Raten
	ab 1. 1.
Zahlungsplan: 11 Raten à DM 46,—	= DM 506,—
1 Rate à DM 48,—	= DM 48,—
	<hr/>
	DM 554,—

Am 4. 3. wird der Gesamtkredit abgedeckt, also 9 Monate früher als vereinbart.

Der Saldo ist 416,— DM (8 × 46,— + 1 × 48,—)

Der Gebührenanteil 40,50 DM (9 × 0,9% von DM 500,—)

Vergütet werden: 9 × 0,9% von DM 375,50 (DM 416,— — DM 40,50)  
= DM 30,42

**1140**

**Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**

**Ausweiswesen für Schwerbeschädigte und Schwererwerbsbeschränkte**

Bezug: Erlasse des Hessischen Ministers des Innern vom 18. 11. 1957 (St. Anz. S. 1241) und 8. 1. 1958 (St. Anz. S. 90)

Die Richtlinien über Ausweise für Schwerbeschädigte und Schwererwerbsbeschränkte vom 3. 8. 1957 werden hiermit in folgenden Punkten geändert bzw. ergänzt:

„1. In Abschnitt I Buchstabe a Nr. 4 ist die Zahl 14 durch 10 zu ersetzen.

2. In Abschnitt II Buchstabe c ist hinter Absatz 4 folgender neuer Absatz 5 einzufügen: „(5) Auf Antrag des Beschädigten ist auf den Schwerkriegsbeschädigtenausweisen I und II ein Stempelaufdruck „Hirnbeschädigter“ anzubringen. Voraussetzung für den Stempelaufdruck ist, daß die Hirnbeschädigung durch den Rentenbescheid oder eine Bescheinigung im Sinne der Nr. 2 der Verwaltungsvorschriften zu § 25 Abs. 2 BVG nachgewiesen wird. Der Stempel ist auf den

Schwerkriegsbeschädigtenausweisen I in das unter der Listennummer vorhandene freie Feld, auf den Schwerkriegsbeschädigtenausweisen II in den freien Raum zwischen den Aufdrucken für die Jahreszahlen und der Überschrift „Schwerkriegsbeschädigtenausweis II“ zu setzen. Der Aufdruck ist mit dem Handzeichen des ausfertigenden Beamten zu versehen.“

3. Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 6 und erhält folgende Fassung: „Auf der Rückseite der Ausweise ist der festgestellte Erwerbsminderungsgrad einzutragen. Auf Antrag des Beschädigten ist auf der Rückseite des Schwerbeschädigtenausweises in den freien Raum oberhalb des Trennungstriches folgender Vermerk einzutragen:

„Die Erwerbsfähigkeit ist auf Grund anerkannter Verfolgungsschäden um ... v. H. gemindert.“

Voraussetzung für diese Eintragung ist, daß der hier einzutragende Erwerbsminderungsgrad durch den Rentenbescheid

der Entschädigungsbehörde nachgewiesen wird. Die Eintragungen sind ebenso wie eine spätere Änderung mit dem kleinen Dienststempel und dem Handzeichen des ausfertigenden Beamten zu versehen.“

Der Begriff „Hirnbeschädigter“ wurde mit Rücksicht auf den Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Rechts der Kriegsopferversorgung gewählt, in dem der Begriff „Hirnverletzter“ durch „Hirnbeschädigter“ ersetzt wurde.

Im übrigen weise ich darauf hin, daß keine Bedenken dagegen bestehen, wenn auch schwerwehrendenbeschädigten Soldaten der Bundeswehr der Schwerbeschädigtenausweis ausgehändigt wird. Abweichend von Abschnitt I Buchstabe b Nr. 1 der Richtlinien vom 3. August 1957 genügt in diesen Fällen als Nachweis der Schwerbeschädigteneigenschaft die Vorlage eines Bescheides des Wehrbereichsgebührenamtes über die Feststellung einer Wehrdienstbeschädigung. Von einer Ergänzung der Richtlinien in diesem Punkt wurde abgesehen, weil ohnehin eine entsprechende Änderung der Ersten Verordnung zur Durchführung des Schwerbeschädigtengesetzes vom 18. 3. 1954 (BGBl. I S. 40) beabsichtigt ist.

Wiesbaden, 26. 10. 1959

**Der Hessische Minister für  
Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**  
IV b 51 g 18

St.Anz. 48/1959 S. 1305

**1141**

#### Zurücknahme der Bestallung als Tierarzt

Das Bayerische Staatsministerium des Innern hat mit Schreiben vom 31. Oktober 1959 — III 4 — 5512 K 6 — mitgeteilt, daß die Regierung von Oberbayern mit rechtskräftigem Bescheid vom 12. Januar 1959 Nr. II/11 — 5300 K-4 die vom früheren Reichsminister des Innern am 27. September 1939 dem Alfred Kolz, geb. am 18. Juli 1913 in Braunau/CSR, erteilte Bestallung als Tierarzt zurückgenommen hat.

Wiesbaden, 6. 11. 1959

**Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und  
Gesundheitswesen**  
VII 19a 20 — Tgb. Nr. 1703

St.Anz. 48/1959 S. 1306

**1142**

#### Ungültigkeitserklärung von Sprengstofferaubnisscheinen

Nachstehend bezeichnete Sprengstofferaubnisscheine werden hiermit für ungültig erklärt:

Name und Wohnort des Inhabers	Muster, Nummer und Jahr der Ausstellung des Scheines	Aussteller
Ernst Schmidt Schubach Oberlahnkreis	B 206/58 1958	GAA Limburg/Lahn
Horst Wilhelm Schmidt Rodheim-Bieber Kreis Wetzlar	B 190/58 1958	GAA Limburg/Lahn

Wiesbaden, 7. 11. 1959

**Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und  
Gesundheitswesen**

III — Az. 53c 04.05.2 — Tgb.-Nr. 1360/59 —

St.Anz. 48/1959 S. 1306

**1143**

#### Ergebnis der Wahl zur Delegiertenversammlung der Landes- tierärztekammer

Bei der Wahl zur Delegiertenversammlung sind von 735 wahlberechtigten Tierärzten 626 Stimmzettel abgegeben worden. Auf den Wahlvorschlag Nr. 1 entfielen 524, auf den Wahlvorschlag Nr. 2 : 74 Stimmen. Ungültig waren 28 Stimmen. Demnach erhält der Wahlvorschlag Nr. 1:13 Sitze und der Wahlvorschlag Nr. 2:1 Sitz.

Wiesbaden, 13. 11. 1959

**Der Wahlleiter zur Wahl der Delegiertenversammlung der  
Tierärztekammer**

St.Anz. 48/1959 S. 1306

**1144**

#### Gewerbeaufsicht;

hier: Verkehr mit brennbaren Flüssigkeiten; Lagerung brennbarer Flüssigkeiten der Gefahrklasse A III ohne Auffangraum.

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung hat der nachstehenden Stellungnahme des Ausschusses für brennbare Flüssigkeiten vom 31. 8. 1959 — MVA 235/59 mit Ergänzung vom 6. 10. 1959 — MVA 271/59 zugestimmt.

„Nach Ziff. F (2) der Grundsätze für die Durchführung der Polizeiverordnung über den Verkehr mit brennbaren Flüssigkeiten wird auch bei der alleinigen Lagerung brennbarer Flüssigkeiten der Gefahrklasse A III ein Auffangraum gefordert, der mindestens 50% der Lagermenge aufnehmen kann.“

Der Ausschuss für brennbare Flüssigkeiten trägt für den Feuer- und Explosionsschutz hinsichtlich Ziffer F (2) keine Bedenken, von der Forderung von Auffangräumen abzusehen, wenn die Lagerung in Tanks vorgenommen wird, die nach den Bauvorschriften DIN 6608 (jedoch ohne Isolierung) hergestellt und auf Dichtheit geprüft sind und die auf Stützen frei über dem Erdboden gelagert werden. Dabei dürfen nur Lagerbehälter mit einem Rauminhalt von höchstens 50 cbm je Behälter verwendet werden; die Gesamtlagermenge darf 200 cbm nicht überschreiten. Alle Öffnungen des Lagertanks dürfen nur oben angeordnet sein, so daß die Füllung und Entleerung des Tanks nur von oben erfolgen kann, wobei eine Überfüllung und ein etwa auftretender Staudruck durch eine sicher wirkende, selbsttätige Vorrichtung verhindert werden müssen. Durch eine gleiche Vorrichtung muß auch ein Abheben des Tanks unmöglich sein. Gegen äußere Beschädigung durch Fahrzeuge u. a. muß die Anlage durch einen Betonsockel oder durch Abweiser geschützt werden. Die Behälter müssen durch einen Außenanstrich vor Korrosion bewahrt werden.

Da es sich hierbei um eine Ausnahme von den Bestimmungen der Ziff. F (2) der Grundsätze für die Durchführung der Polizeiverordnung handelt, kann sie gemäß § 15 der Polizeiverordnung nur in Einzelfällen durch die Landespolizeibehörden (Regierungspräsidenten) zugelassen werden.

Evtl. Forderungen von Behörden, die aus anderen Gründen als denen des Feuer- und Explosionsschutzes gestellt werden, bleiben von diesem Beschluß unberührt.“

Ich bitte, in Zukunft entsprechend zu verfahren.

Wiesbaden, 5. 11. 1959

**Der Hessische Minister für Arbeit,  
Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**  
III — Az. 53a 10. 1520  
Tgb. Nr. 001438/59

St.Anz. 48/1959 S. 1306

**1145**

#### Änderung der Dienstbereiche der amtlichen Weinkontrollen

Bezug: Erlaß des HMdI vom 28. 4. 1953 — VII Med./f. — 20a34 — (St.Anz. S. 446).

Nach Einstellung eines dritten Weinkontrollen habe ich die Dienstbereiche der Weinkontrollen mit Wirkung vom 1. Oktober 1959 neu festgesetzt.

#### Dienstbezirk I

Der Weinkontrollen Reg.-Insp. Karl REICHWEIN mit dienstlichem Wohnsitz in Hochheim ist zuständig für den gesamten Regierungsbezirk Darmstadt sowie für die Stadt Hanau und die Landkreise Hanau, Gelnhausen und Schlüchtern des Regierungsbezirks Wiesbaden, ferner für die Städte Fulda und Marburg sowie die Landkreise Fulda, Hünfeld und Marburg des Regierungsbezirks Kassel.

#### Dienstbezirk II

Der Weinkontrollen Reg.-Insp. Günther VELTES mit dienstlichem Wohnsitz in Geisenheim Rhg. ist zuständig für den Regierungsbezirk Wiesbaden, ausgenommen die Städte Frankfurt/Main und Hanau sowie die Landkreise Hanau, Gelnhausen und Schlüchtern.

#### Dienstbezirk III

Der Weinkontrollen Angestellter Georg BEER, dem hiermit Kassel als dienstlicher Wohnsitz angewiesen wird, ist zuständig für den Regierungsbezirk Kassel, ausgenommen

die Städte Marburg/L. und Fulda sowie die Landkreise Marburg, Fulda und Hünfeld.

**Dienstbezirk IV**

In Frankfurt/Main werden die Aufgaben des Weinkontrollors bis auf weiteres — wie bisher — von dem Weinkontrollleur der Stadt Frankfurt/Main, Herbert de Bary, Städtisches Lebensmitteluntersuchungsamt, Georg-Voigt-Str. Nr. 16, wahrgenommen.

Der Erlaß des Hessischen Ministers des Innern vom 28. 4. 1953 — Öffentliches Gesundheitswesen — VII/Med. f. 20a34 — (St.Anz. S. 446) wird hiermit aufgehoben.

Wiesbaden, 26. 10. 1959

**Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**

VI g — 20 a 34

St.Anz. 48/1959 S. 1306

**1146**

**Wahl zur Delegiertenversammlung der Landeszahnärztekammer Hessen**

Der Kammervorstand hat gemäß § 2 der Wahlordnung vom 11. 6. 59 die Frist für die Wahl der Delegiertenversammlung auf 20.— 29. Februar 1960 festgesetzt.

**1147**

**Die gemeldeten Infektionskrankheiten in Hessen**

Bevölkerungszahl: 5 661 516

Monat: Oktober 1959 (4. 10.— 31. 10. 1959)

(Monat setzt sich aus 4 Wochenberichten zusammen)

Berichtsgebiet	N = Neuerkrankungen T = Todesfälle		Fleckfieber	Milzbrand	Diphtherie	Scharlach	Tbc-Lunge	Tbc anderer Organe		Keuchhusten	Meningitis epidemica	Polioomyelitis	Unterleibstypus	Paratyphus	Übertragbare Ruhr	Bakt. Lebensmittelvergiftung	Bang'sche Krankheit	Übertragbare Gelbsucht	Krätze	Encephalitis	Malaria	Maltafieber	Masern	Qu-Fieber	Weil'sche Krankheit	Trichinose	Trachom	Psittakose	Bissverletzung d. tollw. od. -verdächtige Tiere	Virus-Meningitis	Kindbettfieber nach Geburt	Kindbettfieber nach Fehlgeburt
	N	T																														
<b>Reg.-Bezirk DARMSTADT</b>	N	—	—	—	1	88	60	20	127	—	3	3	3	7	9	—	—	53	—	—	—	—	79	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	T	—	—	—	—	2	8	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
<b>Reg.-Bezirk KASSEL</b>	N	—	—	—	—	83	25	5	118	2	—	4	—	9	—	—	1	10	—	—	—	—	39	—	—	—	—	—	3	—	—	
	T	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
<b>Reg.-Bezirk WIESBADEN</b>	N	—	—	—	—	145	49	24	51	4	3	2	3	12	3	1	6	—	—	—	—	—	43	—	—	—	—	—	3	—	—	
	T	—	—	—	—	—	14	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
<b>Land HESSEN</b>	N	—	—	1	316	134	49	296	6	6	9	6	28	12	2	69	—	—	—	—	—	161	—	—	—	—	—	6	—	—		
	T	—	—	—	2	24	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		

Wiesbaden, 7. 11. 1959

St.Anz. 48/1959 S. 1307

**Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen, VI e**

**1148**

**Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten**

**Beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren Wambach Krs. Untertaunus**

**Zusammenlegungsbeschluss**

Auf Grund des § 93 (2) in Verbindung mit dem § 91 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschluss erlassen:

1. Die beschleunigte Zusammenlegung eines Teiles der Gemarkung Wambach (Kreis Untertaunus) wird hiermit angeordnet.

2. Als Zusammenlegungsgebiet wird die Gemarkung Wambach (Kreis Untertaunus) mit den in der Anlage 1 aufgeführten Flurstücken festgestellt. Die Anlage 1 bildet einen Bestandteil dieses Beschlusses. Das Zusammenlegungsgebiet hat eine Größe von 137,4045 ha. Die Grenzen sind auf der Gebietskarte, die ebenfalls einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen orange Farbstreifen gekennzeichnet.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am beschleunigten Zusammenlegungsverfahren führt den Namen „Teilnehmergemeinschaft der beschleunigten Zusammenlegung von Wambach“ mit dem Sitz in Wambach (Kreis Untertaunus). Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Nach § 14 des Flurbereinigungsgesetzes werden die Beteiligten aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch deutlich ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Zusammenlegungsverfahren berechtigen, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Wiesbaden — Büro Frankfurt (Main) — (bei der Nassauischen Siedlungsgesellschaft mbH) Frankfurt (Main), Berliner Str. Nummer 56—58, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 des FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich: a) wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Zusammen-

bach“ mit dem Sitz in Wambach (Kreis Untertaunus). Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

legungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören; b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen; c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden. Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen worden, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturrecht kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Zusammenlegung dienlich ist. Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturrecht Ersatzpflanzung anordnen.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger für das Land Hessen veröffentlicht und in der Gemeinde Wambach (Kreis Untertaunus) sowie in den Nachbargemeinden öffentlich bekannt gemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit der Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei dem Bürgermeisteramt in Wambach (Kreis Untertaunus) sowie in den Nachbargemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

Frankfurt (Main), 23. 10. 1959

Kulturrecht Wiesbaden — Büro Frankfurt (M)  
WF 247 Z St.Anz. 48/1959 S. 1307

Anlage 1 zum Zusammenlegungsbeschluß vom 23. Oktober 1959

Betr.: Verfahrensgebiet (Ziffer 2);

hier: Zusammenstellung der Übersicht der Fluren und Flurstücke des Verfahrensgebietes der beschleunigten Zusammenlegung von Wambach (Kreis Untertaunus)

Flur 10 ganz im Verfahren außer Nr. 40 und 73/64 = ha 3,7119

Flur 11 ganz im Verfahren außer Nr. 1—3 und 51 = ha 21,4704

Flur 12 ganz im Verfahren außer Nr. 6 = ha 30,4113

Flur 15 ganz im Verfahren außer Nr. 1—64, 146—172 = ha 15,6870

Flur 18 ganz im Verfahren außer Nr. 2, 23—26, 30—40, 70, 80, 93, 97/1—99, 103, 105/1—114 = ha 9,6763

Flur 19 ganz im Verfahren außer Nr. 21—38, 49—70, 74, 104/3—105, 141—143, 153—164, 167, 176/1—177, 181, 188, 189 = ha 21,1319

Flur 20 ganz im Verfahren = ha 35,3157

Gesamt: ha 137,4045

**1149**

Änderung der Löhne der Waldarbeiter in den hessischen Staatsforsten (Lohntarifvertrag vom 25. September 1959)

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder hat mit der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft — Landesbezirk Hessen — am 25. September 1959 den nachstehenden Lohntarifvertrag abgeschlossen.

Zu dem Tarifvertrag gebe ich die folgenden Erläuterungen und Hinweise:

1. Der Ecklohn (§ 2 Nr. 3 HSFT) wurde mit Wirkung vom 1. Oktober 1959 von 160 Pf um 7 Pf auf 167 Pf erhöht.

2. Die Akkordbasis (§ 2 Nr. 1 HSFT) wurde mit Wirkung vom 1. Oktober 1959

in der Lohngruppe A von 119 Pf um 5 Pf auf 124 Pf, in der Lohngruppe B von 148 Pf um 5 Pf auf 153 Pf erhöht.

Aus den so erhöhten Akkordbasen ergeben sich mit Wirkung vom 1. Oktober 1959 die nachstehend angegebenen Akkordrichtsätze und Geldfaktoren:

Lohngruppe	Akkordrichtsatz		Geldfaktor	
	v. H. der Akkordbasis			
	120	130	120	130
	Pf	Pf	Pf	Pf
A	148,80	—	2,48	—
B	183,60	198,90	3,06	3,32

3. Die Tafel der Stücklohnsätze des Einheitstarifes für Hau-erlöne (EHT) unter Zugrundelegung der Akkordbasis von 153 Pf (Geldfaktor 3,32) befindet sich z. Z. im Druck und wird in Kürze ausgeliefert. Die Stücklohnsätze für die Einheiten fm, rm und hdt werden ab 1. Oktober 1959 auf volle Pfennige gemeinlich gerundet (Bruchteile von 0,5 und mehr werden auf volle Pfennige auf —, von weniger als 0,5 auf volle Pfennige abgerundet).

Wiesbaden, 22. 10. 1959

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten  
III g — I/3420 — 156.03 St.Anz. 48/1959 S. 1308

Lohntarifvertrag vom 25. September 1959.

Zwischen der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, vertreten durch den Vorsitz des Vorstandes, einerseits und der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Landesbezirk Hessen, andererseits wird folgendes vereinbart:

### § 1 Grundlöhne der Waldarbeiter

Die Grundlöhne der Waldarbeiter (§ 8 des Hessischen Staatsforstarbeiterarifes — HSFT —) werden wie folgt festgesetzt:

Lohngruppe A

- a) nach vollendetem 20. Lebensjahr 134 Pf
- b) nach vollendetem 18. Lebensjahr 117 Pf
- c) nach vollendetem 16. Lebensjahr 100 Pf
- d) vor vollendetem 16. Lebensjahr 84 Pf

Lohngruppe B

- a) nach vollendetem 20. Lebensjahr 167 Pf (Ecklohn)
- b) nach vollendetem 18. Lebensjahr 150 Pf
- c) nach vollendetem 16. Lebensjahr 125 Pf
- d) vor vollendetem 16. Lebensjahr 100 Pf

### § 2 Stundenlöhne der Waldfacharbeiter

Die Stundenlöhne der Waldfacharbeiter (§§ 8 und 13 Abs. 1 Buchst. a HSFT) betragen in der

Lohngruppe A

- |                                    | für Wald-<br>arbeitergehilfen | für Wald-<br>facharbeiter |
|------------------------------------|-------------------------------|---------------------------|
| a) nach vollendetem 20. Lebensjahr | 143 Pf                        | 154 Pf                    |
| b) nach vollendetem 18. Lebensjahr | 125 Pf                        | 135 Pf                    |
| c) nach vollendetem 16. Lebensjahr | 107 Pf                        | 115 Pf                    |
| d) vor vollendetem 16. Lebensjahr  | 90 Pf                         | —                         |

Lohngruppe B

- |                                    |        |        |
|------------------------------------|--------|--------|
| a) nach vollendetem 20. Lebensjahr | 179 Pf | 192 Pf |
| b) nach vollendetem 18. Lebensjahr | 161 Pf | 173 Pf |
| c) nach vollendetem 16. Lebensjahr | 134 Pf | 144 Pf |
| d) vor vollendetem 16. Lebensjahr  | 107 Pf | —      |

### § 3 Akkordbasen

Die Akkordbasen betragen in der

Lohngruppe A 124 Pf,

Lohngruppe B 153 Pf.

### § 4 Hauerstücklöhne

Zur Berechnung der Stücklohnsätze für Hauerarbeiten sind die Vorgabezeiten des „Einheitstarifes für Hauerlöhne“ (EHT) unter Zugrundelegung der in § 3 für die Lohngruppe B vereinbarten Akkordbasis von 153 Pf mit 3,32 zu vervielfachen.

### § 5 Übergangsregelung

(1) Die Urlaubsvergütung beträgt mit Wirkung vom 1. Oktober 1959 104% des nach § 32 Abs. 11 Satz 1 HSFT zu berechnenden Betrages.

(2) Entsprechendes gilt für den nach § 27 Abs. 1 Satz 1 HSFT fortzuzahlenden Lohn.

### § 6 Schlußbestimmungen

(1) Dieser Lohntarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 1959 in Kraft.

(2) Er kann von jeder Vertragspartei zum Schluß eines jeden Forstwirtschaftsjahres, erstmalig zum 30. September 1960, gekündigt werden. Die Kündigung muß schriftlich ausgesprochen werden und spätestens am letzten Werktag des vorausgehenden Monats zugehen.

Frankfurt, 25. 9. 1959

Für die Tarifgemeinschaft  
deutscher Länder  
Der Vorsitz des Vorstandes  
gez. Dr. Conrad

Für die Gewerkschaft Gartenbau,  
Land- und Forstwirtschaft  
— Landesbezirk Hessen —  
gez. Haupt

**1150****Beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren Londorf, Krs. Gießen****Zusammenlegungsbeschluss**

Auf Grund des § 91 ff des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG.) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschluss erlassen:

1. Die Zusammenlegung der Grundstücke der Gemarkung Londorf, Krs. Gießen (tlw.) wird hiermit angeordnet.

2. Als Zusammenlegungsgebiet werden festgestellt: *Flur 1* die Flurstücke 556/1, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 568/1, 569, 570, 571, 572, 573, 574/1, 574/2, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 585/1, 586, 587, 588, 589, 590, 591/1, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621/1, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 701/1, 701/2, 702, 703, 704, 705, 747, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 837, 849, 848, 871, 873; *Flur 2*, die Flurstücke 14, 39/1, 39/2, 34. *Flur 3*, außer den Flurstücken 1, 2, 3, 52/1, 52/2, 53/1, 54/1 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81/1, 81/2, 82, 83, 84, 85, 86, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 127, 128, 129, 130, 126, 172, 187, 194, 196, 210; *Flur 4*, nicht im Verfahren; *Flur 5*, nicht im Verfahren; *Flur 6*, ganz; *Flur 7*, außer den Flurstücken 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 92, 122, 123, 188, 199, 200; *Flur 8*, außer den Flurstücken 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 185, 222, 227, 228; *Flur 9*, ganz; *Flur 10*, ganz; *Flur 11*, außer den Flurstücken 58/1, 58/2, 58/3, 58/4, 59, 60/1, 60/2, 61, 86, 87, 88/1, 88/2, 89, 96, 97, 98, 99/2, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115; *Flur 12*, nicht im Verfahren; *Flur 13*, nicht im Verfahren; *Flur 14*, nicht im Verfahren.

Es hat eine Größe von 320 ha. Die Grenzen des Zusammenlegungsgebietes sind auf der Gebietskarte, die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen orangen Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Zusammenlegungsverfahren führt den Namen: „Teilnehmergemeinschaft der Zusammenlegung von Londorf mit dem Sitz in Londorf, Krs. Gießen.“ Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG. aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Zusammenlegungsverfahren berechtigen, innerhalb von 3 Monaten nach der Bekanntgabe dieses Be-

schlusses beim Kulturamt in Gießen (Behördenhaus — Ostanlage) anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung ebenso gegen sich gelten lassen wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85/5 FlurbG. ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich: a) wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Zusammenlegungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören; b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen; c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden; d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen. Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG. wieder herstellen lassen, wenn dies der Zusammenlegung dienlich ist. Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen. Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturamt anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger veröffentlicht und in den Gemeinden Londorf, Rüdtingshausen, Kesselbach, Allertshausen, Allendorf (Lumda), Nordeck, Roßberg und Wermertshausen öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei den Bürgermeisterämtern Londorf, Rüdtingshausen, Kesselbach, Allertshausen, Allendorf (Lumda), Nordeck, Roßberg und Wermertshausen 2 Wochen lang ausgelegt.

Gießen, 15. 10. 1959

**Kulturamt Gießen**  
DF 301 Z  
St.Anz. 48/1959 S. 1309

**1151****Personalnachrichten**

Es sind

**B. im Bereich des Hessischen Ministerpräsidenten**

als Direktor des Landespersonalamtes Hessen

ernannt zum Regierungsassessor (BaW):

Assessor Dr. Adolf Metzner (15. 8. 1959).

Wiesbaden, 5. 11. 1959

**Der Hessische Ministerpräsident als  
Direktor des Landespersonalamtes Hessen**  
II (5)

St.Anz. 48/1959 S. 1309

**C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern****a) Ministerium**

ernannt

zum Ministerialrat: Regierungsdirektor (BaL) Erich Pfeil (18. 9. 1959)

zu Regierungsdirektoren: die Oberregierungsräte (BaL) Helmut Seiler (18. 9. 1959) und Rudolf Brecht (BaL) (2. 11. 1959)

zu Oberregierungsräten: die Regierungsräte (BaL) Hans Viktor Bach (18. 9. 1959); Fritz-Heinz Müller (18. 9. 1959); Dr. Herbert Schirmmacher (18. 9. 1959); Kurt KuhnMünch (2. 10. 1959); Paul Boris (2. 11. 1959)

zu Regierungsräten (BaK); Bürgermeister Hans Sudheimer (4. 5. 1959); Regierungsassessor Dr. Harald Fenge (28. 9. 1959)

zum Regierungsamtman: Regierungsoberinspektor (BaL) Karl Dreher (2. 11. 1959)

zu Regierungsoberinspektoren: die Regierungsinspektoren (BaL) Rudolf Hudecek (17. 8. 1959) und Hermann Klinge (2. 11. 1959)

zu Regierungsinspektoren (BaL): Amtmann z. Wv. Albrecht Allert (30. 4. 1959); Regierungsobersekretär (BaK) Walter Müller (18. 7. 1959)

zur Regierungshauptsekretärin: Regierungsobersekretärin (BaL) Betty Dreiling (5. 10. 1959)

zur Regierungsobersekretärin: Regierungsssekretärin (BaK) Gertrud Fischer (5. 10. 1959)

zum Regierungssekretär (BaL): Amtsgehilfe (BaK) Leo Vest (1. 8. 1959)

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit: die Regierungsräte Heinrich Thiemeyer (31. 8. 1959); Konrad Weseloh (31. 8. 1959) und Dr. Wilhelm Hahn (2. 11. 1959)

in den Ruhestand versetzt

Oberregierungsrat Ludwig Ranft (1. 7. 1959)

**k) Hessische Landesfeuerwehrschule Kassel**

ernannt

zum Brandinspektor (BaK): techn. Angestellter Peter Gietz (1. 9. 1959)

Wiesbaden, 6. 11. 1959

Der Hessische Minister des Innern  
I b 2 — 8 b — P 452

St.Anz. 48/1959 S. 1309

**f) Hessischer Verwaltungsgerichtshof**

ernannt

zum Oberverwaltungsgerichtsrat: Verwaltungsgerichtsrat Richard Reuber (1. 8. 1959); Landgerichtsrat Dr. Hans Biechler (1. 11. 1959).

Kassel, 3. 11. 1959

Hessischer Verwaltungsgerichtshof  
Der Präsident  
8 b 06 — 03

St.Anz. 48/1959 S. 1310

**b) Regierungspräsident in Darmstadt**

ernannt zum Polizeiobermeister

die Polizeimeister (BaL) Wenzel Schaffer, PVB Butzbach (30. 7. 1959); Wilhelm Kernbach, Landrat — PK — Lauterbach (3. 8. 1959); Wilhelm Flick, PVB Darmstadt (10. 8. 1959); Johannes Koch, PVB Butzbach (20. 8. 1959)

zum Kriminalobermeister

der Kriminalmeister (BaL) Armin Schneider, Staatl. Kriminalkommissariat Gießen (7. 8. 1959)

zum Polizeimeister

die Polizeihauptwachtmeister (BaL) Ernst Wurmbach, PVB Butzbach (30. 7. 1959); Werner Göhring, PVB Butzbach (30. 7. 1959); Detlef Schlinsog, PVB Darmstadt (7. 8. 1959); Willi Busch, PVB Butzbach (20. 8. 1959); Walter Stiller, PVB Butzbach (20. 8. 1959); Wilhelm Bauer, Landrat — PK — Bergstraße (28. 8. 1959); Georg Stein, Landrat — PK — Bergstraße (29. 8. 1959); Paul Berg, Landrat — PK — Dieburg (20. 8. 1959); Richard Köllmann, Landrat — PK — Friedberg (26. 8. 1959); Karl Brandau, Landrat — PK — Gießen (24. 9. 1959)

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

der Polizeimeister Adolf Schneider, Landrat — PK — Gießen (15. 9. 1959);

die Polizeihauptwachtmeister Ludwig Ruhland, Landrat — PK — Bergstraße (17. 8. 1959); Walter Grün, Landrat — PK — Gießen (15. 9. 1959); Gustav Hofmann, Landrat — PK — Gießen (15. 9. 1959); Adam Baumann, PVB Butzbach (18. 9. 1959); Hermann Spies, PVB Butzbach (18. 9. 1959); Friedrich Fischer PVB Butzbach (18. 9. 1959); Alfred Bäcker, PVB Butzbach (18. 9. 1959); Karl-Adolf Burk, PVB Butzbach (18. 9. 1959)

in den Ruhestand versetzt

Polizeihauptwachtmeister Josef Nillius, Landrat — PK — Bergstraße (1. 9. 1959)

die Polizeiobermeister Paul Moser, PVB Darmstadt (1. 10. 1959); Jakob Schäfer, Landrat — PK — Dieburg (1. 10. 1959) die Polizeimeister Lorenz Machul, Landrat — PK — Darmstadt (1. 10. 1959); Paul Rau, Landrat — PK — Offenbach (1. 10. 1959);

die Polizeihauptwachtmeister Friedrich Massoth, Landrat — PK — Dieburg (1. 10. 1959); August Sachs, Landrat — PK — Friedberg (1. 10. 1959).

Darmstadt, 5. 11. 1959

Der Regierungspräsident  
P 2 — 7 1 02  
St.Anz. 48/1959 S. 1310**D. im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen**

ernannt:

**a) Ministerium**

zum Regierungsdirektor

Oberregierungsrat (BaL) Dr. Walter Ebersbach (1. 6. 1959)

zum Regierungsoberinspektor

die Regierungsinspektoren (BaL) Walter Emig (1. 7. 1959); Reinhard Pfeifer (1. 7. 1959); Heinrich Bambach (1. 7. 1959)

zum Regierungssekretär (BaK)

Verwaltungsangestellter Helmut Bachmann (1. 11. 1959)

zum Amtsgehilfen (BaK)

die Verw.-Angestellten Heinrich Diehl (1. 8. 1959); Fritz Pfeiffer (1. 8. 1959); Walter Stoll (1. 8. 1959)

**e) Staatliche Kassenverwaltung**

zum Regierungsoberinspektor: Reg.-Inspektor (BaL) Kurt Luci (1. 8. 1959)

zum Regierungsinspektor: Reg.-Sekretär (BaK) Heinz Volz (1. 10. 1959)

zum Regierungssekretär (BaK): Verw.-Angestellter Egon Sator (1. 11. 1959)

zur Regierungssekretärin (BaK): Verw.-Angestellte Anneliese Freiwald (1. 11. 1959)

in den Ruhestand versetzt

Regierungsrat (BaL) Adam Wetteroth (1. 10. 1959)

verstorben

**g) Landesbeschaffungsstelle Hessen**

Regierungsamtmann (BaL) Georg Graf (28. 10. 1959).

Wiesbaden, 5. 11. 1959

Der Hessische Minister der Finanzen  
P 1400 A — 26 — I/24

St.Anz. 48/1959 S. 1310

**e) Hessisches Landesvermessungsamt Wiesbaden**

ernannt

zum Vermessungsamtmann: Vermessungsoberinspektor (BaL) Wilhelm Leiwes, Katasteramt Kassel (1. 7. 1959)

zu Vermessungsoberinspektoren:

die Vermessungsinspektoren (BaL) Oskar Häger, Katasteramt Frankfurt a. M.-Höchst; Alfred Pejas, Katasteramt Ziegenhain (1. 6. 1959); Rafael Ehrmanntraut, Emil Kirchner, Hess. Landesvermessungsamt; (BaK) Fritz Weisel, Katasteramt Wiesbaden, abgeordnet an das Hess. Landesvermessungsamt (1. 7. 1959)

zum Vermessungshauptsekretär: Vermessungsobersekretär (BaL) Wilhelm Hedrich, Katasteramt Alsfeld (1. 6. 1959)

zum Vermessungsobersekretär: Vermessungssekretär (BaL) Alois Ratka, Katasteramt Witzenhausen (1. 6. 1959)

zum Amtsmeister: Hauptamtsgehilfe (BaL) Karl Meilinger, Hess. Landesvermessungsamt (1. 6. 1959)

zum Hauptamtsgehilfen (BaK): Telefonist Franz Wege, Katasteramt Wiesbaden, abgeordnet an das Hess. Landesvermessungsamt (1. 11. 1959)

zum Amtsgehilfen (BaK): Verwaltungsarbeiter Karl Scholl, Katasteramt Wiesbaden, abgeordnet an das Hess. Landesvermessungsamt (1. 8. 1959)

zum apl. Vermessungsinspektor (BaW): Vermessungsinspektorenwärter Walter Conradi, Hess. Landesvermessungsamt, abgeordnet an das Katasteramt Usingen (19. 10. 1959)

in den Ruhestand versetzt

Vermessungsoberinspektor Wilhelm Wesp, Katasteramt Groß-Gerau (1. 8. 1959); Regierungsvermessungsrat Gustav Patzel, Katasteramt Dillenburg (1. 9. 1959); Vermessungsoberinspektor Heinrich Ruspeler, Katasteramt Gießen (1. 11. 1959).

Wiesbaden, 4. 11. 1959

Hessisches Landesvermessungsamt  
— P —

St.Anz. 48/1959 S. 1310

**e) Hess. Finanzgericht Kassel**

ernannt

zum Finanzgerichtsrat: Regierungsrat (BaK) Dr. Draude, Wilhelm (5. 11. 1959).

Kassel, 11. 11. 1959

Der Präsident des Hessischen Finanzgerichts  
P 1400

St.Anz. 48/1959 S. 1310

## F. im Bereich des Hessischen Ministers für Erziehung und Volksbildung

### d) Regierungspräsident in Wiesbaden

ernannt zu Studienassessoren bzw. Studienassessorinnen (BaW) die Assessoren(innen) im Lehramt bzw. des Lehramts:

Bernhard Mallach, Limburg (17. 4. 1959); Alois Weimer, Gelnhausen (17. 4. 59); Helga Bohle, Königstein (25. 4. 59); Irmgard Roth, Schlüchtern (17. 3. 59); Walter Wallenstein, Wetzlar (10. 4. 59); Johanna Perscheid, Frankfurt/M. (10. 4. 1959); Angelika Fritsche, Bad Homburg (18. 4. 59); Bruno Förster, Wetzlar (10. 4. 59); Otto Niermann, Weilburg (11. 4. 59); Gerhard Maxeiner, Wetzlar (11. 4. 59); Dr. August Lorey, Frankfurt/M. (20. 3. 59); Dr. Wolfgang Häufler, Dillenburg (10. 4. 59); Heinrich Simon, Hanau (18. 3. 59); Hilda Lütgert, Frankfurt/Main (9. 4. 59); Arthur Häckel, Frankfurt/M.-Höchst (21. 3. 59); Dr. Gert Avenarius, Usingen (11. 4. 59); Hubertus Jentsch, Wiesbaden (10. 4. 59); Ortrud Rückert, Wiesbaden (11. 4. 59); Hellmut Pohnert, Gelnhausen (18. 3. 59); Fritz Küfner, Biedenkopf (15. 5. 59); Margarete Samuelson, Frankfurt/M. (5. 5. 59); Kurt Petry, Biedenkopf (2. 5. 59); Helmut Führlich, Frankfurt/M. (5. 5. 59); Werner Lindenstruth, Hofheim (24. 3. 59); Günter Niemz, Frankfurt/M. (4. 5. 59); Gerda Fischer, Frankfurt/M. (28. 4. 59); Hans Schattenberg, Frankfurt/M. (13. 5. 59); Ernst Chan, Frankfurt/M. (20. 5. 59); Dr. Klaus Lilienthal, Wiesbaden (12. 5. 59); Käte Wermuthäuser, Wiesbaden, (21. 5. 1959); Dietrich Schüler, Geisenheim (4. 5. 95); Dr. Edith Schumann, Wiesbaden (25. 5. 1959); Eva Kilbel, Geisenheim (12. 5. 59); Roswita Rohleder, Wiesbaden (12. 5. 59); Hildegund Goetz, Wiesbaden (12. 5. 59); Marga Komora, Wiesbaden (2. 5. 59); Wolfgang Brell, Wiesbaden (22. 5. 59); Heinrich Bach, Schlüchtern (6. 7. 59); Ernst Pfaff, Dillenburg (5. 9. 59); Ernst Zeitter, Wiesbaden (20. 8. 1959); Brigitte Friedrich, Bad Homburg (30. 9. 59); Johanna Wamser, Frankfurt/M. (30. 9. 59); Hannelore Sojka, Limburg (17. 9. 59); Hans Dieter Voigtländer, Frankfurt/M. (30. 9. 59); Johann-Georg Radtke, Wiesbaden (30. 9. 59); Heinz Reichardt, Limburg (30. 9. 59); Dr. Klara Hrych, Wiesbaden (30. 9. 59); Norbert Flügel, Frankfurt/M. (30. 9. 59); Hans Heinrich Keller, Weilburg (30. 9. 1959); Erich Goerlitz, Wiesbaden (30. 9. 59); Dr. Gerhard Müller, Wiesbaden (30. 9. 59); Hans Bossung, Wiesbaden (30. 9. 59); Magda Masing, Wiesbaden (30. 9. 59); Wolfgang Throll, Bad Homburg (30. 9. 59); Karin Kemp, Königstein (30. 9. 59); Christa Lehnert, Bad Homburg (30. 9. 1959); Lotte Jaeschke, Frankfurt/M. (29. 9. 59); Karlheinz Bertram, Frankfurt/M. (29. 9. 59); Hermann Setzer, Geisenheim (30. 9. 59); Hildegard Gunkel, Hanau/M. (30. 9. 1959); Alois Bürkle, Limburg (30. 9. 59); Christiane Johne, Limburg (30. 9. 59); Winfried Noll, Frankfurt/M. (30. 9. 59); Alois Ickstadt, Frankfurt/M. (29. 9. 59); Werner Hoffmann, Wiesbaden (30. 9. 59); Karl-Heinrich Schäfer, Königstein (30. 9. 59); Hans-Bernt Kalbfleisch, Schlüchtern (30. 9. 59);

zu Studienräten bzw. Studienrätinnen (BaK) die Studienassessoren(innen) (BaW)

Eduard Bruggaier, Frankfurt/M. (20. 3. 59); Armin Schmid, Frankfurt/M. (25. 3. 59); Klaus Olshausen, Frankfurt/M. (24. 3. 59); Helga Schlee, Frankfurt/M. (24. 3. 1959); Ulrich Schumacher, Frankfurt/M. (25. 3. 59); Dr. Ursula Bürgel, Frankfurt/M.-Höchst (20. 3. 59); Oswald Stein, Frankfurt/M. (21. 3. 59); Ursula Kluzniak-Richter, Frankfurt/M. (21. 3. 59); Horst Blüm, Frankfurt/M. (21. 3. 59); Wolfgang Brauer, Wiesbaden (25. 3. 59); Adele Voss, Geisenheim (13. 3. 59); Gerhard Weber, Wiesbaden (26. 3. 59); Karl-Heinz Hecker, Geisenheim (25. 3. 59); Anneliese Hruschka, Frankfurt/M. (6. 5. 59); Otto Wolz, Somborn (23. 5. 59); Elfriede Bürkle, Frankfurt/M. (6. 5. 59); Dr. Barbara Walter, Frankfurt/M. (12. 5. 59); Edith Minor-Pleban, Wiesbaden (31. 3. 59); Ingo Buchta, Wiesbaden (26. 3. 59); Dr. Robert Geipel, Wiesbaden (25. 3. 59); Georg Schwenke, Wiesbaden (24. 3. 59); Heinz Mildenerger, Wiesbaden (26. 3. 59); Dr. Herta Munding, Wiesbaden (24. 3. 59); Helmut Homma, Wiesbaden (24. 3. 59); Ernst-Eugen Bolduan, Wiesbaden (25. 3. 59); Elisabeth Bayer, Geisenheim (8. 7. 59); Günter Bechtold, Bad Homburg (4. 9. 59); Ludwig Zeber, Schlüchtern (1. 9. 59);

den Angestellten Hans Löwe, Hanau (10. 6. 59); die Angestellte Christa-Maria Friedrich, Wiesbaden (1. 4. 59);

zu Studienräten bzw. Studienrätinnen (BaL) die Studienassessoren(innen) (BaW)

Lothar Tessmann, Frankfurt/M. (9. 4. 59); Wilhelm Schneider, Frankfurt/M. (20. 3. 59); Melanie Haas, Wetzlar (12. 5. 59); Ulrich Göb, Somborn (23. 5. 59); Marianne Volz, Frankfurt/M. (9. 5. 59); Dr. Wolfgang Mickel, Frankfurt/Main (5. 5. 59); Gudrun Kleinstück, Frankfurt/M. (9. 5. 1959); Hans-Joachim Garnier, Frankfurt/M. (9. 5. 59); Irma Klassert, Oberursel (4. 7. 59); Dietrich Wolf, Weilburg (22. 8. 59); Bettina Kratz, Bad Homburg (2. 9. 59); Dr. Gerhard Ludwig, Wiesbaden (24. 7. 59); Walter Bernhard, Wiesbaden (28. 8. 59); Rudolf Thielemann, Hanau (1. 9. 59); Horst Vetter, Schlüchtern (1. 9. 59);

den Studienrat z. Wv. Dr. Johannes Klinke, Frankfurt/Main (23. 5. 59);

den Handelsoberlehrer (St. Rat z. Wv.) Herbert Fischer, Wiesbaden (25. 3. 59);

den Oberschullehrer (BaL) Wilhelm Maurer, Frankfurt/Main (21. 7. 59);

die Oberschullehrerin (BaL) Sophie Schwark, Wiesbaden (30. 4. 59);

zu Oberstudienräten bzw. Oberstudienrätinnen die Studienräte(innen) (BaL)

Herbert Kretzschmar, Frankfurt/M.- (4. 5. 59); Helmut Menzel, Dillenburg (30. 4. 59); Günther Suckow, Wiesbaden (17. 7. 59); Walter Drews, Wiesbaden (28. 8. 59); Dr. Agnes Hennecke, Wiesbaden (26. 5. 59).

zum Oberstudiendirektor Oberstudienrat (BaL) Dr. Heinz Bruckmann, Wiesbaden (27. 4. 59)

zum Lehrer (BaK) den Lehramtsanwärter Werner Dickmann, Hanau (22. 8. 59)

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit die Studienräte(innen) (BaK)

Ingeborg Tausend, Frankfurt/M. (17. 4. 59); Irmgard Gimbel, Frankfurt/M. (14. 4. 59); Karl Arndt, Idstein (17. 4. 59); Dr. Ernst-Peter Siegart, Frankfurt/M. (16. 5. 1959); Joachim Hafner, Wiesbaden (23. 5. 59); Dr. Ursula Bürgel, Frankfurt/M. (2. 6. 59); Anna Winter, Frankfurt/Main (22. 5. 59); Gertrud Pankow, Wetzlar (26. 5. 59); Heinrich Muth, Wiesbaden (19. 6. 59); Herbert Finsterwalder, Hadamar (26. 6. 59); Martin Gauch, Wiesbaden (7. 7. 59); Alois Will, Geisenheim (27. 7. 59); Karl Göttmann, Idstein (14. 7. 59); Dr. Hans Doderer, Idstein (13. 7. 1959); Martin Hofmann, Geisenheim (4. 8. 59); Ernst Bickert, Wiesbaden (24. 8. 59).

in den Ruhestand versetzt

Oberstudienrat Eduard Michel, Weilburg (1. 6. 59); Studienrätin Emilie Jüttner, Wiesbaden (1. 4. 59); Studienrat Helmut Krause, Kronberg (1. 6. 59); Mittelschullehrerin Else Neveling, Oberursel (1. 4. 59); Studienrat Josef Kutfner, Dillenburg (1. 7. 59); Studienrat Dr. Max Kapp, Frankfurt/M. (1. 7. 59); Studienrätin Helene Marx, Geisenheim (1. 7. 59); Studienrat Konrad Heimbach, Wiesbaden (1. 6. 59); Studienrat Dr. Karl Gruber, Frankfurt/M. (1. 10. 59); Studienrat Dr. Martin Markloff, Hadamar (1. 11. 1959).

entlassen

Studienrätin Ursula Schulze, Königstein (1. 4. 59); Studienassessor Dr. Helmut Häuser, Wiesbaden (1. 6. 59); Studienrätin Helga Bergmann, Frankfurt/M. (1. 4. 59); Studienassessorin Gudrun Haider, Frankfurt/M. (1. 4. 59); Studienassessorin Sigrid Frenkel, Hanau (1. 10. 59); Studienrätin Dr. Maria Brzoska, Frankfurt/M. (1. 9. 59); Studienrätin Käte Scholz, Frankfurt/M. (9. 10. 59); Oberstudiendirektor Dr. Will Richter, Frankfurt/M. (1. 10. 59).

Wiesbaden, 20. 10. 1959

**Der Regierungspräsident**  
II 9/1aa-IIc- Az. D 34  
St.Anz. 48/1959 S. 1311

## H. im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

### a) Ministerium

ernannt

zum Ministerialrat: Regierungsdirektor Hermann Graap (22. 9. 1959 — BaL)

zum Oberregierungsgewerbeberater: Regierungsgewerbeberater Dipl.-Ing. Hans Brodt (22. 9. 1959 — BaL)

zu Regierungsräten: die Regierungsassoren Dr. Herbert Günther (21. 9. 1959 — BaK); Dr. Günter Steinhäuser (28. 9. 1959) — BaK)

zum Regierungsoberinspektor: Regierungsinspektor Wilhelm Neumann (10. 7. 1959 — BaK)

zum Regierungsobersekretär: Verwaltungssekretär (DO-Angest.) Wilhelm Sattler (1. 8. 1959 — BaK)

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Gewerbeobermedizinalrat Dr. Dietrich Schürmann (20. 8. 1959)

Regierungsveterinärärztin Dr. Doris Keutner (1. 8. 1959)  
Regierungsoberinspektor Wilhelm Neumann (30. 9. 1959)

#### b) Landesjugendamt Hessen

ernannt

zum Regierungsinspektor: Regierungsobersekretär Hans Maniel (3. 8. 1959) — BaL).

Wiesbaden, 4. 11. 1959

**Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**  
Z 2 b — 7 O — 16

St. Anz. 48/1959 S. 1311

### 1152 DARMSTADT

### Regierungspräsidenten

#### Erlöschen der Bestellung als Sachverständige

Die öffentliche Bestellung und Vereidigung der nachfolgenden Sachverständigen ist durch Tod erloschen:

Dr. Adolf Seelbach, geb. 24. 11. 1891, Bad Nauheim, Karlstraße 23, Gebiet d. Sachverständigen-Tätigkeit: (Briefmarken).

Ing. Otto Geyer, geb. 10. 9. 1888, Bad Nauheim, Parkstr. 11, (Maschinen und masch. Anlagen)

Dipl.-Ing. Müller, Rud., geb. 13. 3. 1882, Jugenheim a. d. B., Seeheimer Str. 24 (Metallurgie, Gießerei u. Hüttenwesen)

Rud. Mattäi, Nidda, Borsdorfer Weg (Sachverst. u. Probenehmer f. Getreide u. landw. Produkte)

Jakob Faulhaber, geb. 11. 1. 1880, Darmstadt, Viktoriastraße 62 (Heizungs- u. Lüftungs-Anl.)

Hermann Hölscher, geb. 23. 10. 1880, Biblis, Viktoriastr. 49, (Sachverst. u. Schätzer f. Bau- u. Wohnungswesen)

Georg Vettel, geb. 23. 2. 1881, Heppenheim, Gräffstr. 25 (Bauwesen)

Jakob Klenk, geb. 12. 10. 1891, Gr.-Gerau, Am Römerhof 1 (Schätzer f. Haushaltsgegenstände, Küchengeräte, Handwerkszeug, Möbel etc.)

Karl Schembs, Darmstadt, Heidenreichstr. 19 (Bausachen)

Georg Hoffmann, geb. 4. 10. 1875, Darmstadt, Ohlystr. 31 (Auto- u. Verkehrswesen)

J. J. Madert, geb. 4. 10. 1884, Offenbach a. M., Kantstr. 31 (Elektroindustrie)

Phil. Nicolaus, geb. 15. 5. 1876, Gießen, An der Johannis-kirche (Schätzer in Grundstückssachen u. Bausachverständiger)

Georg Michel, geb. 18. 4. 1904, Neu-Isenburg, Ludwigstr. 84 (Edelsteine)

Peter Karl Adler, geb. 6. 1. 1898, Gernsheim, Friedhofsweg (Schiffseichaufnehmer)

Dipl.-Ing. Walter Schild, geb. 16. 3. 1909, Neu-Isenburg, Beethovenstr. (Bauwesen)

Arch. Kurt Langer, geb. 26. 11. 1886, Darmstadt, Am Kleinen Woog 4 (Bausachverständiger)

Darmstadt, 27. 10. 1959

**Der Regierungspräsident**

III/2 — 70 a 14/01

St. Anz. 48/1959 S. 1312

sorgungsanlage der Stadt Frankfurt/Main (Stadtwerke Frankfurt/Main) für die Dauer von 10 Jahren.

Gemäß Art. 15 Abs. 2 des Hess. Bachgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. 7. 1957 (GVBl. S. 77) in Verbindung mit § 17 Abs. 2 der Gewerbeordnung und § 16 Abs. 1 Ziff. 2 der Hess. Ausführungsverordnung hierzu wird das Unternehmen hiermit öffentlich bekanntgemacht. Die Planunterlagen für das Unternehmen liegen nach Veröffentlichung im Staatsanzeiger beim Landrat des Landkreises Gießen — untere Wasserbehörde — in Gießen (Kreishaus) für die Dauer von 14 Tagen während der üblichen Dienststunden zur Einsicht offen. Diese Frist beginnt am 5. Tage nach der Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen.

Etwaige Einwendungen sind innerhalb der vorgenannten Frist an den Regierungspräsidenten in Darmstadt zu richten und schriftlich oder zur Niederschrift beim Landrat des Landkreises Gießen — untere Wasserbehörde — in Gießen vorzubringen. Nach Ablauf der Frist können Einwendungen nicht mehr erhoben werden.

Darmstadt, 3. 11. 1959

**Der Regierungspräsident**

III 9 — 63 c 04 (511) Z

St. Anz. 48/1959 S. 1312

### 1154 WIESBADEN

#### Erlöschen einer Bestellung als Schiffseichaufnehmer

Die am 8. Juni 1954 erfolgte öffentliche Bestellung und Vereidigung als Schiffseichaufnehmer des Herrn Rudolf Müller in Frankfurt a. M., Weserstr. 5, ist erloschen.

Wiesbaden, 3. 11. 1959

**Der Regierungspräsident**

III 1 a — Az.: 73a 04/03 20

St. Anz. 48/1959 S. 1312

### 1155

#### Ungültigkeitserklärungen von Bescheiden über die Registrierung Evakuierter

Die Registrierbescheide nachstehend aufgeführten Evakuierter wurden für ungültig erklärt:

Baum, Walburga, — wohnhaft Laubeschbach Oberlahn, Bahnhofstr. 17, Reg.-Bescheid der Stadt Frankfurt/M. vom 19. 5. 1954, Nr. 06/06311/57—58

Gumm, Paul — wohnhaft Hof-Eich-Geislitz, Behelfsheim, jetzt: Frankfurt/M., Sieringstraße 60, Reg.-Bescheid der Stadt Frankfurt/M. vom 5. 1. 56, Nr. 06 06311/14353—54

Hardt, Georg, — wohnhaft Reichelsheim-Wetterau, Krs. Friedberg, Bingenheimer Str. 13, jetzt: Offenbacher Landstraße 310, Reg.-Bescheid der Stadt Frankfurt/M. vom 26. 11. 1955, Nr. 06/06311/13426—29

Renkel, Wilhelm, — wohnhaft Weilbach/Ufr., Hausnr. 152 Reg.-Bescheid der Stadt Frankfurt/M. vom 19. 11. 54, Nr. 09/06311/3741—42

Wiesbaden, 7. 11. 1959

**Der Regierungspräsident**

I 4 — 58g 02

St. Anz. 48/1959 S. 1312

### 1153

#### Wasserrechtliche Bekanntmachung über Zutageförderung und Fortleitung unterirdischen Wassers aus Brunnen im Quellgebiet des Wasserwerkes Inheiden, Landkreis Gießen

Der Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe in Friedberg hat mit gleichlautenden Anträgen vom 1. 10. 1959 um Erteilung von Genehmigungen zur Zutageförderung und Fortleitung unterirdischen Wassers gemäß Art. 145 d in Verbindung mit Art. 145 a Hess. Bachgesetz sowie Art. 145 e Hess. Bachgesetz aus Brunnen im Quellgebiet des Wasserwerkes Inheiden, Landkreis Gießen, nachgesucht, und zwar:

a) bis zu einer Höchstmenge von 4 Millionen cbm Wasser/Jahr zur Versorgung des Landkreises Friedberg und

b) bis zu einer weiteren Höchstmenge von 7,5 Millionen cbm Wasser/Jahr zur Einspeisung in die Wasserver-

# Öffentlicher Anzeiger

ZUM „STAATS-ANZEIGER  
FÜR DAS LAND HESSEN“

1959

Samstag, den 28. November 1959

Nr. 48

## Veröffentlichungen

**3560**

### Einziehung eines Wegeteiles in Allna

Ein Teilstück des Weges „der Kreuzgraben“, Kartenblatt 16, Parzelle 152/87, soll als öffentlicher Weg eingezogen werden.

Dieses Vorhaben wird hiermit mit dem Hinweis bekannt gemacht, daß Einsprüche dagegen binnen 4 Wochen zur Vermeidung des Ausschlusses bei dem unterzeichneten Bürgermeister geltend zu machen sind.

Allna, 16. 11. 1959

Der Bürgermeister  
als Wegepolizeibehörde

**3561**

### Baulandumlegung in der Gemarkung Friedberg (Hessen), Flur 5 und 35 „Pfeifensack“.

Auf Grund des § 29 des Gesetzes über den Aufbau der Städte und Dörfer des Landes Hessen (Aufbaugesetz) vom 25. 10. 1948 (GVBl. S. 139) wird bekanntgegeben:

Der Kreistag des Landkreises Friedberg/Hessen hat in seiner Sitzung vom 1. September 1956 die Einleitung des Umlegungsverfahrens in der Gemarkung Friedberg/Hessen in der Flur 5 und 35 „Pfeifensack“ beschlossen. Das Umlegungsgebiet ist auf dem Umlegungsplan mit einem grünen Farbstreifen gekennzeichnet.

Der Umlegungsplan und das Verzeichnis der umzulegenden Grundstücke mit Angabe der Eigentümer liegt in der Zeit vom 30. 11. 1959 bis 14. 12. 1959 von 8 bis 12 Uhr auf dem Katasteramt Friedberg, Zimmer 17, zur Einsicht offen.

Friedberg (Hessen), 16. 11. 1959

Der Kreisausschuß des  
Landkreises Friedberg  
— Umlegungsbehörde —  
Milius, Landrat

**3562**

### Baulandumlegung Kelkheim

Der Kreistag hat das Baulandumlegungsverfahren nach dem Hessischen Aufbaugesetz für das Gebiet „Judenhohl“, und zwar für die Grundstücke Gemarkung Kelkheim, Flur 7, Flurstücke 80/1 bis 232 und Gemarkung Münster, Flur 13, Flurstücke 1 bis 68 und 185/1 bis 186, Flur 15, Flurstück 345/18, Flur 16, Flurstücke 155 bis 210 und 435 beschlossen. Das Gebiet ist im Umlegungsplan durch einen grünen Farbstreifen gekennzeichnet.

Der Umlegungsplan liegt bei dem mit der technischen Durchführung beauftragten Katasteramt für den Landkreis Main-Taunus in Frankfurt am Main-Höchst, Zuckschwerdtstraße 58, vom 1. Dezember 1959, während der Dienststunden für die Beteiligten zur Einsicht offen. Die gemäß § 28 des Aufbaugesetzes am Ver-

fahren Beteiligten (Eigentümer, Pächter, Gläubiger usw.) werden gebeten, ihre Wünsche innerhalb einer Ausschußfrist von 14 Tagen nach Beendigung der Offenlegungsfrist beim Katasteramt vorzubringen.

Über den Verteilungsplan wird am Mittwoch, den 13. Januar 1960, von 15 bis 20 Uhr im Gasthaus „Zum Löwen“, in Kelkheim, Hauptstraße, verhandelt, wozu hiermit die Beteiligten öffentlich geladen werden.

Die Beteiligten werden darauf hingewiesen, daß gemäß § 31 des Hess. Aufbaugesetzes Änderungen in der Nutzungsart der Grundstücke sowie in der Bebauung von der Umlegungsbehörde, dem Kreisausschuß des Landkreises Main-Taunus, genehmigt werden müssen und daß über den Verteilungsplan auch bei ihrem Ausbleiben ohne ihre Teilnahme verhandelt und beschlossen werden kann.

Frankfurt (Main)-Höchst, 21. 11. 1959

Der Kreisausschuß des  
Main-Taunus-Kreises als Umlegungsbe-  
hörde

**3563**

### Baulandumlegung in Niedermittlau

Nachdem der Umlegungsplan für das Umlegungsgebiet „Bahnhofssiedlung“ in der Zeit vom 7. 9. — 21. 9. 1959 den Beteiligten zur Einsichtnahme offengelegen hat, findet gemäß § 33 Ziff. 3 des Hess. Aufbaugesetzes vom 25. 10. 1948 der Verhandlungstermin über den Verteilungsplan am Donnerstag, den 10. Dezember 1959, um 9 Uhr vormittags, im Bürgermeisteramt in Niedermittlau statt, wozu die am Umlegungsverfahren Beteiligten geladen werden.

Es wird darauf hingewiesen, daß bei deren Ausbleiben ohne ihre Teilnahme über den Verteilungsplan verhandelt und beschlossen wird.

Gelnhausen 16. 11. 1959

Der Kreisausschuß des Landkreises Gelnhausen als Umlegungsbehörde  
III/2-Pr. Kreß Landrat

**3564**

### Einziehung eines Fußpfades in Merkenbach

Der im Ortsbering Merkenbach (Dillkr.) gelegene Fußpfad, Flur 6, Parzelle 120, soll eingezogen werden, weil ein öffentliches Bedürfnis für die Beibehaltung des Fußpfades nicht mehr besteht.

Einsprüche hiergegen können binnen 2 Wochen von dem auf die Bekanntmachung im Staatsanzeiger folgenden Tage an gerechnet bei dem Gemeindevorstand der Gemeinde Merkenbach erhoben werden.

Merkenbach, 20. 11. 1959

Der Gemeindevorstand  
der Gemeinde Merkenbach  
als Wegepolizeibehörde

Holler, Bürgermeister

**3565**

### Wegeeinziehung in der Gemeinde Niederwalluf

Die Gemeinde Niederwalluf beabsichtigt, den Gemeindegeweg (Sackgasse), Kartenblatt 15, Parzelle 35, Grundbuch Band 14, Blatt 385 — Wegeeinfahrt der Firma Wilde, Mühlstraße, bis zum Mühlgraben — Größe 1,18 Ar, einzuziehen, da ein öffentliches Bedürfnis für die Beibehaltung dieses Weges nicht mehr besteht.

Gemäß § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. 8. 1883 wird dieses Vorhaben hiermit mit der Aufforderung des Ausschlusses innerhalb 4 Wochen vom Tage der Bekanntmachung an bei dem Bürgermeisteramt Niederwalluf, Zimmer 2, geltend zu machen.

Die Flurkarte liegt bei vorgenannter Dienststelle während der üblichen Dienststunden zu jedermanns Einsicht offen.

Niederwalluf, 20. 11. 1959

Der Bürgermeister  
als Wegepolizeibehörde

**3566**

### Einziehung eines Feldweges in Niedergrenzbach

Mit Beschluß der Gemeindevertretung Niedergrenzbach vom 27. 10. 1959 wird der Feldweg, an der Grenzbach, Flur 17, Flurstück 483/0/266 in der Größe von 5,84 Ar, Gemarkungsgrenze Niedergrenzbach-Ziegenhain an den Anwesen Heinrich Schmitt, Ziegenhain, eingezogen.

Einwendungen hiergegen können vom Tage der Bekanntmachung an innerhalb 14 Tagen bei der unterzeichneten Stelle erhoben werden.

Niedergrenzbach, 20. 11. 1959

Der Bürgermeister  
als Wegepolizeibehörde

## Gerichtsangelegenheiten

**3567**

### Öffentliche Zustellung

7 c 454/59: Die Ehefrau Gertrud Heisig, wohnhaft in Neustadt, Kreis Marburg-Lahn, Graf-Spee-Straße 8, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Kramell, Treysa (Bez. Kassel), klagt gegen ihren Ehemann, den Drogisten Theodor Heisig, zuletzt wohnhaft gewesen in Neustadt, Kreis Marburg, Graf-Spee-Straße 8, z. Z. unbekanntes Aufenthalts, wegen Unterhaltszahlung mit den Anträgen,

1. den Beklagten zu verurteilen, an die Klägerin ab 1. 11. 1959 monatlich im voraus eine Unterhaltsrente von 250,— DM zu zahlen,

2. den Beklagten zu verurteilen, darin einzuwilligen, daß die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin-Wilmersdorf, Ruhrstraße 2, der Klägerin die Auskünfte über das gesamte bisherige Versicherungsverhältnis des Beklagten, seine Ansprüche und die Ansprüche der Klägerin aus diesem Versicherungsverhältnis mitteilt.

3. die Kosten des Rechtsstreits dem Beklagten aufzuerlegen,

4. das Urteil für vorläufig vollstreckbar zu erklären.

Die Klägerin lädt den Beklagten zur mündlichen Verhandlung vor dem unterzeichneten Gericht auf den 5. Januar 1960, um 9 Uhr, Zimmer 6, mit der Aufforderung, persönlich zu erscheinen oder sich durch eine mit Vollmacht versehene volljährige Person vertreten zu lassen.

Kirchhain (Bez. Kassel), 13. 11. 1959

Amtsgericht

**3568**

#### Beschluß

II 6/59: Der am 23. Dezember 1909 in Stuhlweissenburg (Ungarn) geborene, zuletzt in Wörsdorf/Ts. wohnhaft gewesene Textil-Graveur Ludwig Fischesser wird für tot erklärt. Als Zeitpunkt des Todes des Verschollenen wird der 31. Dezember 1953, 24 Uhr, festgestellt.

Idstein (Taunus), 11. 11. 1959

Amtsgericht

**3569**

#### Erlaubnis zur Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten

371a E-1.687: Herr Herbert Schwan, Volkswirt, wohnhaft in Frankfurt (Main), Bleichstraße 56, wird auf Grund des Gesetzes zur Verhütung von Mißbräuchen auf dem Gebiete der Rechtsberatung vom 13. 12. 1935 — RGBl. I Seite 1478 — die Erlaubnis zur geschäftsmäßigen Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten für den Amtsgerichtsbezirk Frankfurt (Main) unter ausdrücklicher Beschränkung auf das Gebiet der gesetzlichen Sozialversicherung erteilt. Geschäftssitz ist Frankfurt (Main).

Frankfurt (Main), 13. 11. 1959

Der Amtsgerichtspräsident

**3570**

#### Aufgebote

F 1/59 — Kraftloserklärung: Die Briefe über die im Grundbuch Birkenau (Odw.) Band 18, Blatt 990, in Abt. III Nr. 1 und 2 für die Bezirkssparkasse in Heppenheim eingetragenen Briefhypotheken sind kraftlos. (Urteil vom 20. November 1959).

Amtsgericht Fürth (Odenwald)

**3571**

2 F 9/59 — Aufgebot: Herr Ludwig Ochs IV. aus Oberreifenberg (Taunus), Untergasse 5a hat das Aufgebot zur Ausschließung des Eigentümers des Grundstücks Oberreifenberg, Blatt 34, Flur 6, Flurstück 47, Eichfeld, Ackerland = 9,87 Ar groß, gemäß § 927 BGB beantragt.

Der Fabrikarbeiter Ludwig Herr aus Oberreifenberg (Taunus), der im Grundbuche als Eigentümer eingetragen ist, wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 24. Februar 1960, um 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 104, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden, widrigenfalls seine Ausschließung erfolgen wird.

Königstein (Taunus), 11. 11. 1959

Amtsgericht

**3572**

#### Ausschlußurteil

56 F 20/59 — Im Namen des Volkes! In der Aufgebotsache der Eheleute Spediteur Georg Kell und Minna geb. Schäfer, Kassel, Kaufunger Str., Bevollmächtigter Rechtsanwalt und Notar Dr. Linker, Kassel, hat das Amtsgericht, Abt. 56, durch Amtsgerichtsrat Kettelheun für Recht erkannt:

Der Hypothekenbrief der Hypothek über 15 000,— RM eingetragen in das Grundbuch von Kassel, Band 183, Blatt 3940, in Abt. III, unter Nr. 3, eingetragener Eigentümer Apotheker Paul Kemna in Kassel-Wilhelmshöhe, wird für kraftlos erklärt.

Amtsgericht Kassel, Abteilung 56

**3573**

F 3/59 — Aufgebot: Der Kaufmann Willi Kuba aus Frankfurt (Main)-Ginnheim, vertreten durch Rechtsanwalt Seitz, Herbstein (Oberh.), hat beantragt, im Aufgebotsverfahren ein Ausschlußurteil dahin zu erlassen, daß die Berechtigte bzw. deren Erben und Erbeserben der Vormerkung in Blatt 86 des Grundbuches von Steinfurt, Abteilung II, Nr. 2, mit ihren Rechten ausgeschlossen werden.

Die Erben bzw. Erbeserben werden aufgefordert, spätestens in dem auf Dienstag, den 26. Januar 1960, 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls Ausschließung erfolgen wird.

Lauterbach (Hessen), 17. 11. 1959

Amtsgericht

**3574**

2 F 13/59 — Aufgebot: Der Klempner und Installateur Hans Louis Schneider aus Marburg Lahn, Gladenbacher Weg 6, hat beantragt, die im Grundbuche von Ockershausen, Band 20, Blatt 760, Flur 3, Flurstück 22, Ackerland, in der Wann 9,15 Ar groß, eingetragene Eigentümerin, die ledige Margarethe Schneider, Johannes Tochter, mit ihren Rechten auszuschließen.

Die eingetragene Eigentümerin und ihre Rechtsnachfolger werden aufgefordert, spätestens im Aufgebotstermin am 8. März 1960 um 12 Uhr im Gerichtsgebäude Marburg/Lahn, Universitätsstraße 48, Obergeschoß, Zimmer 4, ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls sie mit ihren Rechten ausgeschlossen werden.

Marburg (Lahn), 29. 10. 1959

Amtsgericht, Abt. 2

**3575**

2 F 18/59 — Aufgebot: Der 1. Heinrich Kaletsch, 2. Otto Kaletsch, beide aus Niederwalgern 106, vertreten durch Rechtsanwälte Dres. Engelmann und Lattermann, Wetzlar, haben beantragt, den Hypothekenbrief über in Abt. III Nr. 7 des im Grundbuch von Niederwalgern, Band 8, Blatt 251, Flur 3, Flurstück 59 = 13,30 Ar, für den Magnetophanen August Bayer in Metzingen (Württemberg), Brühlstraße 17, eingetragene Hypothek von 1175,— RM nebst 8% Zinsen aufzubieten.

Jeder Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, spätestens im Aufgebotstermin am Dienstag, dem 8. März 1960, um 12 Uhr im Gerichtsgebäude, Universitätsstraße 48, Zimmer 4, seine Rechte anzumelden und

die Urkunde vorzulegen, andernfalls die Urkunde für kraftlos erklärt werden kann.

Amtsgericht Marburg (Lahn)

**3576**

2 F 4/59: Durch Ausschlußurteil vom 27. 10. 1959 ist der Grundschuldbrief über die im Grundbuch von Marburg, Band 78, Blatt 2924, in Abt. III unter Nr. 1 eingetragene Post über 12 000 Goldmark für kraftlos erklärt.

Amtsgericht Marburg (Lahn)

**3577**

#### Beschluß

8 F 59 — Aufgebot: Die Firma Henninger-Bräu Kommanditgesellschaft auf Aktien in Frankfurt (Main), hat das Aufgebot des angeblich verlorengegangenen Hypothekenbriefes über die im Grundbuch von Mühlheim Band 18, Blatt 1392, in der III. Abteilung unter der laufenden Nummer 18 für den Bankverein Mühlheim (Main) eGmbH eingetragenen Darlehenshypothek über 5000,— Goldmark, nebst Nebenleistungen, beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf Mittwoch, den 30. März 1960, 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Offenbach (Main), Kaiserstraße, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Urkunde für kraftlos erklärt werden wird.

Offenbach (Main), 17. 11. 1959

Amtsgericht, Abt. 8

**3578**

#### Güterrechtsregister

##### Neueintragungen

GR 853 — 29. Oktober 1959: Die Eheleute Hans Werner Eichhorn, Kaufmann und Lydia geb. Koser, beide in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 17. 10. 1959 Gütertrennung vereinbart.

GR 854 — 7. November 1959: Die Eheleute Roland Manfred Ago Heinrich und Edith Auguste, geb. Schamber, beide wohnhaft in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 2. November 1959 Gütertrennung vereinbart.

##### Aufhebung

GR 404 — 7. November 1959: Die Eheleute Dipl.-Ing. Horst Schmidt und Gerda, geb. Seling, früher wohnhaft in Darmstadt, jetzt in Oberhausen, haben durch Vertrag vom 23. Mai 1959 den vereinbarten Güterstand der Gütertrennung aufgehoben.

Amtsgericht Darmstadt

**3579**

##### Neueintragung

GR 345 — 5 Nov. 1959: Eheleute Kaufmann Hans Hudel und Hilde, geb. Nikkel in Eibach/Dillkreis.

Durch Vertrag vom 17. September 1959 ist Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Dillenburg

##### Neueintragung

GR 346 — 5. Nov. 1959: Eheleute Hilfsarbeiter Hans Fey und Erna geb. Pohl in Donsbach/Dillkreis.

Durch Vertrag vom 6. Oktober 1959 ist Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Dillenburg

**Neueintragung**

GR 347 — 11. Nov. 1959: Eheleute Zimmermann Friedhelm Jakobi und Grete Margarete, geb. Kämpfer in Eibelshausen.

Durch Vertrag vom 13. Juni 1959 ist Gütertrennung vereinbart.

**Amtsgericht Dillenburg**

**3580**

GR 206 — 13. 11. 1959: Eheleute Schuhmacher Werner Däumler und Gertrud, geb. Iske, in Korbach, Flandernweg Nr. 6.

Durch notariellen Vertrag vom 30. Oktober 1959 ist Gütertrennung vereinbart.

**Amtsgericht Korbach**

**3581**

GR Nr. 651 — 9. November 1959: Hühn, Fridolin, kaufmännischer Angestellter und Ehefrau Erika Hühn, geb. Schwaar, Marburg (Lahn), Rübstein 6.

Durch Vertrag vom 29. September 1959 des Notars Dr. Geilhof (UR 341/59) ist Gütertrennung vereinbart.

**Amtsgericht Marburg (Lahn), Abt. 6**

**3582**

3 GR 274 — In das Güterrechtsregister wurde heute eingetragen: Eheleute Direktor Hellmut Vorländer und Barbara geborene Benne, beide in Eichenberg wohnhaft.

Die Eheleute haben in notarieller Urkunde vom 13. Oktober 1959 für ihre Ehe den Güterstand der Zugewinngemeinschaft aufgehoben, so daß nunmehr der Güterstand der Gütertrennung gilt.

**Witzenhausen, 13. 11. 1959 Amtsgericht**

**3583 Musterschutzregister**

MR 27 — Fa. Braun, Wettberg & Co., Beerfelden (Odw.), Anmeldung am 13. November 1959, um 11.30 Uhr.

1 Muster: Wandbrettgarnitur Nr. 196/81, bestehend aus a) einer Stielkleiderbürste Nr. 70/367 aus Buchenholz, lackiert, mit Natur- und/oder Kunstborsten bestückt, Griff in Form eines Papagei, dessen Schwanzende als Schuhlöffel ausgebildet ist; Gesamtlänge 38,5 cm; b) einem Wandbrett Nr. 196/81 aus Buchenholz, lackiert, mit 2 Holzgriffen, die den „Papagei“ halten.

Plastisches Erzeugnis. Schutzfrist 3 Jahre.

**Beerfelden, 14. 11. 1959 Amtsgericht**

**3584 Vereinsregister**

VR 39 — Im hiesigen Vereinsregister ist heute unter Nr. 39 folgendes eingetragen worden: Turn- und Sportverein „Jahn 1913“ e. V. Frankenau.

**Frankenberg (Eder), 21. 10. 1959 Amtsgericht**

**3585**

VR 409 — 28. Oktober 1959 — Verein: Kleingärtnerverein Darmstadt-Kranichstein. Sitz: Darmstadt-Kranichstein.

**Amtsgericht Darmstadt**

**3586 Vergleiche — Konkurse**

Im Konkursverfahren der Gemeinnützigen Bau- und Siedlungsgenossenschaft Wirthelm eGmbH soll eine Abschlagzahlung erfolgen. Dazu sind 10 070,64 DM verfügbar. Zu berücksichtigen sind festgestellte Forderungen im Betrage von 10 070,64 DM.

Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen kann auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Bad Orb eingesehen werden.

**Bad Orb, 23. 11. 1959**

**Der Konkursverwalter**  
Beyer, Rechtsanwalt

**3587**

6 N 27/58: Im Konkurs über das Vermögen der Frau Luise Koch, Darmstadt-Eberstadt Am Eichen 67, wird zur Verhandlung mit Abstimmung über den Zwangsvergleichsvorschlag der Gemeinschuldnerin sowie über folgende Tagesordnung a) Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen b) Festsetzung der Vergütung mit Auslagen des Verwalters, c) Abschluß des Konkursverfahrens Termin bestimmt auf Montag, den 21. Dezember 1959, um 9 Uhr, Zimmer 510.

Der Zwangsvergleichsvorschlag ist hierauf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

**Darmstadt, 16. 11. 1959**

**Amtsgericht, Abt. 6**

**3588**

6 VN 2/59 — Vergleichsverfahrenssache Fritz Weimann, Darmstadt.

**Beschluß**

Die Eröffnung des Vergleichsverfahrens wird gemäß § 17 Ziff. 1 Vergl. O. abgelehnt, da der Schuldner nicht den Erfordernissen der §§ 3 bis 7 Vergl. O. genügt und den Mangel trotz Fristsetzung nicht beseitigt hat.

Die Eröffnung des Konkursverfahrens wird abgelehnt, weil — wie der Bericht des vorläufigen Verwalters ergibt — eine die Kosten des Verfahrens deckende Masse nicht vorhanden ist. Das allgemeine Veräußerungsverbot ist außer Kraft getreten.

**Darmstadt, 29. 6. 1959**

**Amtsgericht, Abt. 6**

**3589**

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Hessisch-Mainfränkischen Landeslieferungsgenossenschaft für das Rahmenglaserhandwerk in Darmstadt, Ludwigshöhstraße 13, soll die Schlußverteilung erfolgen. Es stehen 94 373,90 DM zur Verfügung, aus denen 94 373,90 DM nichtbevorrechtigte Forderungen zu berücksichtigen sind.

Ein Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Darmstadt zur Einsicht der Beteiligten ausgelegt. Auf die Ausschlussfrist des § 152 sowie die Bestimmungen der §§ 153, 154 der Konkursordnung wird besonders hingewiesen.

**Darmstadt, 19. 11. 1959**

**Der Konkursverwalter**  
Dr. Mittelstädt  
Rechtsanwalt

**3590**

6 N 2/55 — Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Jacob Trumpfheller, Darmstadt.

**Beschluß:**

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Jacob Trumpfheller in Darmstadt, Hindenburgstraße 15, Inhaber der Firma Jacob Trumpfheller in Darmstadt wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.

Die Vergütung der Mitglieder des Gläubigerausschusses wird wie folgt festgesetzt: a) Direktor Bischinger in Aschaffenburg 200,— DM; b) Heinz Dinter, Rauchwarengroßhändler in Frankfurt/M. 200,— DM.

**Darmstadt, 17. 11. 1959**

**Amtsgericht — Abt. 6**

**3591**

**Beschluß**

81 N 166/59: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Kauffrau Apollonia Schulmeyer geb. Gerhard, Frankfurt (Main), Eichendorffstraße 29, Inhaberin der Firma Gebr. Schulmeyer, Kaffee-Import und Rösterei, Frankfurt (Main), Gaußstraße 10—12 mit Ladengeschäften in Frankfurt/M., Bergerstraße 202, Darmstadter Landstraße 46 und Kalbäckergasse Nummer 3 c, ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf Freitag, den 11. Dezember 1959, um 9.10 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, Gebäude B, Zimmer 337, anberaumt.

**Frankfurt (Main), 17. 11. 1959**

**Amtsgericht, Abteilung 81**

**3592**

**Beschluß**

81 VN 28/55: Das Vergleichsverfahren über das Vermögen des Bäckermeisters Armin Bruss, Inhabers des Dornbusch-Café, Frankfurt (Main), Eschersheimer Landstraße 218, wird aufgehoben, nachdem der Vergleichsverwalter angezeigt hat, daß der im Termin vom 20. 1. 1956 angenommene und bestätigte Vergleich erfüllt ist.

**Frankfurt (Main), 17. 11. 1959**

**Amtsgericht, Abt. 81**

**3593**

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Frau Anna Neugebauer, Textileinzelhandelsgeschäft in Frankfurt (Main), Seckbacher Ldstr. 12, soll die Schlußrechnung erfolgen. Das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts in Frankfurt (Main), Abt. 81, zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Die Summe der bevorrechtigten Forderungen beträgt 92,20 DM, die der nichtbevorrechtigten 15 796,21 DM.

Der zur Verteilung verfügbare Massebestand beträgt nach voller Befriedigung der Gläubiger der Rangklasse I/I gemäß § 61, Ziff. 1 KO 2313,08 DM, wovon noch Gerichtskosten, Vergütung und Auslagen des Konkursverwalters abgehen.

**Frankfurt (Main), 25. 11. 1959**

**Der Konkursverwalter**  
Rechtsanwalt u. Notar Dr. Rudolf Weinmann

**3594****Beschluß**

81 N 198/59: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Schreiners Johann Scheifele, Frankfurt (Main), Rödelheimer Landstraße 34, Inhabers einer Bau- und Möbelschreinerei Frankfurt (Main), In der Römerstadt 264, wird eine Gläubigerversammlung anberaumt auf den 11. 12. 1959, um 9.45 Uhr vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Gerichtsgebäude B, Zimmer 337, zur Beschlußfassung über den Verkauf des Maschinenparkes im ganzen.

Frankfurt (Main), 20. 11. 1959

Amtsgericht, Abteilung 81

**3595**

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Jos. Zenner & Sohn GmbH, Baudekorations-Geschäft, Frankfurt am Main, Blumenstraße 3, soll die Schlußverteilung erfolgen.

Das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Abt. 81, zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Die Summe der bevorrechtigten Forderungen beträgt 95 196,63 DM. Die Summe der nicht bevorrechtigten Forderungen beträgt 150 646,24 DM.

Auf die Gläubiger der Rangklasse des § 61 Ziffer 1 KO., deren Forderungen in Höhe von 63 089,64 DM festgestellt sind, wurde eine 25%ige Quote ausgeschüttet. Der zur Verteilung verfügbare Massebestand beträgt 4690,51 DM, abzüglich der noch festzusetzenden Gerichts- und Veröffentlichungskosten.

Frankfurt (Main), 23. 11. 1959

Der Konkursverwalter  
Rechtsanwalt Dr. Carl Backes,  
Frankfurt am Main, Gartenstr. 68

**3596****Beschluß**

81 N 6/57: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Rudolf Herms, Frankfurt (Main), Paul-Ehrlichstraße 31, Inhaber der Firma Rudolf Herms, Fahrrad- und Fahrzeug-Großhandel, Frankfurt (Main), Weserstraße 33, wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins hiermit aufgehoben.

Die Vergütung und Auslagen für die Mitglieder des Gläubigerausschusses sind festgesetzt worden: für die Herren Bedall und Veit je 80,— DM und Glück 500,— DM.

Frankfurt (Main), 19. 11. 1959

Amtsgericht, Abteilung 81

**3597****Beschluß**

81 N 184/54: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Otto Stockhausen, Frankfurt (Main), Liliencronstraße 11, des früheren Inhabers des Garagenbetriebes „Garage Atlantic“, Frankfurt (Main), Grüneburgweg 12, ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf Freitag, den 11. Dezember 1959, um 9 Uhr, vor dem Amtsgericht hier, Gerichtsstraße 2, Gebäude B, Zimmer 337, anberaumt.

Frankfurt (Main), 16. 11. 1959

Amtsgericht, Abt. 81

**3598****Beschluß**

81 N 216/57: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Frau Anna Neugebauer geb. Wischer, Frankfurt (Main), Seckbacher Landstraße 26, Inhaberin eines Textileinzelhandelsgeschäfts, Seckbacher Landstraße 12, wird der Schlußtermin auf Freitag, den 15. Januar 1960, um 9 Uhr vor dem Amtsgericht hier, Gerichtsstraße 2, Bau B, Zimmer 337, bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen sowie zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen. Die Vergütung des Verwalters wird auf 550,— DM, die ihm zu erstattenden Auslagen werden auf 120,— DM festgesetzt.

Frankfurt (Main), 16. 11. 1959

Amtsgericht, Abt. 81

**3599**

N 6/52: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Julius Scheidel in Birkenau i. Odw. wird der Schlußtermin auf Montag, den 28. 12. 1959, um 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Fürth i. Odw., Zimmer Nr. 17, I Stock bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Konkursverwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, sowie zur Anhörung der Gläubiger über die Erstattung der Auslagen und der Gewährung einer Vergütung an den Konkursverwalter.

Die Vergütung des Konkursverwalters ist auf 1658,— DM, seine Auslagen sind auf 108,— DM festgesetzt.

Fürth (Odw.) 19. 11. 1959

Amtsgericht

**3600**

VN 1/59 — Vergleichsverfahren: Der Fabrikant Bodo Wallaschek in Sprendlingen, Inhaber der Firma Möbelbetriebe Rasdorf, Polstermöbel- und Möbelfabrik Bodo Wallaschek in Rasdorf, Kreis Hünfeld, hat durch einen am 14. November 1959 eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über sein Vermögen beantragt.

Gemäß § 11 der Vergleichsordnung wird bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Vergleichsverfahrens der Diplomkaufmann Leonhard Pfitzner in Fulda, Lindenstraße, zum vorläufigen Verwalter bestellt. Über Vermögensgegenstände darf der Schuldner nur mit Zustimmung des vorläufigen Verwalters verfügen. Verbindlichkeiten darf er nur mit seiner Zustimmung eingehen.

Hünfeld, 21. 11. 1959

Amtsgericht

**3601**

N 2/58: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Ehefrau Brigitte Weiler, geb. von Quitzor, wohnhaft in Willingen (Waldeck), vormals Inhaberin des Sporthauses Sepp Weiler in Oberstdorf (Allgäu), Oststraße — Aktenzeichen N 2/58 — des Amtsgerichts in Korbach soll die Schluß-

verteilung erfolgen. Der verfügbare Massebestand beträgt 3827,11 DM, wozu noch die aufgelaufenen Zinsen hinzukommen. Davon gehen ab die Vergütung und Auslagen des Konkursverwalters sowie die Gerichtskosten.

Zu berücksichtigen sind 9074,12 DM bevorrechtigte Forderungen. Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsichtnahme für die Beteiligten auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts in Korbach aus.

Korbach, 12. 11. 1959

Der Konkursverwalter  
Ruckert  
Rechtsanwalt

**3602**

7 N 10/59 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der Frau Gertrud Strauß, Inhaberin einer Chemischen Reinigung in Lampertheim (Hessen), Bürstädter Str. Nummer 10 wird heute am 17. November 1959, um 16 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da sie infolge Überschuldung zahlungsunfähig geworden ist und ihre Zahlungen eingestellt hat. Frau Rechtsanwältin Dr. Krämer-Günther in Lampertheim wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 10. Dezember 1959 bei dem Gericht anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Zahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, ferner zur Prüfung der angemeldeten Forderungen und zur Verhandlung und Abstimmung über einen von der Gemeinschuldnerin gemachten Zwangsvergleichsvorschlag auf Mittwoch, den 16. Dezember 1959, um 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte Bürstädter Straße Nr. 1 in Zimmer 17. Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörigen Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an die Gemeinschuldnerin zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 10. Dezember 1959 Anzeige zu machen.

Der Vergleichsvorschlag ist auf der Geschäftsstelle des Konkursgerichts zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Lampertheim, 17. 11. 1959

Amtsgericht

**3603****Beschluß**

6 N 5/54: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Fabrikanten Alfred Max Wagner in Limburg (Lahn). Alleininhaber der handelsgerichtlich eingetragenen Firma Alfred M. Wagner, Maschinenfabrik, Limburg (Lahn), Stephanshügel 12, ist Schlußtermin auf den 4. Januar 1960, um 15 Uhr, vor dem Amtsgericht hier, Zimmer 14, bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis, zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nichtverwertbaren Vermögensstücke sowie zur Anhörung der

Gläubiger über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses sowie zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen.

Die Vergütung des Konkursverwalters ist auf 2755,— DM, seine Auslagen sind auf 83,70 DM festgesetzt.

Limburg (Lahn), 16. 11. 1959 **Amtsgericht**

**3604**

7 N 15/50 und 7 N 18/50: Das Konkursverfahren gegen die Eheleute Gustav und Marie Koch, Marburg (Lahn), Andrestr. 1f, wird nach Bestätigung und Erfüllung des Zwangsvergleichs aufgehoben.

Marburg (Lahn), 16. 11. 1959  
**Amtsgericht, Abt. 7**

**3605**

N 3/58 — Konkursverfahren: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Textilkaufmanns Gustav Hardy Schwarz aus Spangenberg, Burgstraße 107, ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Melsungen, 28. 9. 1959 **Amtsgericht**

**3606**

7 N 85/59 — Anschluß-Konkursverfahren: Das Vergleichsverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Ernst Kisselbach, Inhaber der Firma Johann Kisselbach, Textilien in Offenbach/Main, Wilhelmplatz 9, wurde eingestellt. Über das Vermögen des Vorgenannten wurde am 6. November 1959 das Anschluß-Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter Rechtsanwalt Dr. Heinrich Streb, Offenbach/Main, Kaiserstraße 65.

Konkursforderungen sind bis zum 15. Dezember 1959 unter Angabe des Betrages und des Grundes der Forderungen bei dem unterzeichneten Gericht in doppelter Ausfertigung und mit den bis zum Tage der Konkurseröffnung errechneten Zinsen anzumelden. Die Anmeldungen zum Vergleichsverfahren sind ungültig. Gläubigerversammlung mit der Tagesordnung der §§ 110, 122, 134 und 137 KO Freitag, den 18. Dezember 1959, um 9 Uhr, und Prüfungstermin Freitag, den 8. Januar 1960, um 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Kaiserstraße 16, I. Stock, Zimmer 37. Offener Arrest und Anzeigepflicht bis zum 15. Dezember 1959.

Offenbach (Main), 19. 11. 1959  
**Amtsgericht, Abt. 7**

**3607****Beschluß**

3 N 5/58: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des verstorbenen Karl Kinzenbach, Inhaber der Holzhandlung Karl Kinzenbach & Co., Münchholzhausen, Kr. Wetzlar, wird Schlußtermin auf den 23. Dezember 1959, um 9.30 Uhr vor dem Amtsgericht hier, Zimmer 20, bestimmt.

Der Termin dient zur Entgegennahme des Schlußberichtes mit Schlußrechnung des Konkursverwalters, zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen, zur Anhörung der Gläubiger über die Anregung des Konkursverwalters, das Verfahren mangels Masse einzustellen und zur Anhörung der Gläubigerversammlung wegen der Festsetzung einer Vergütung für die Mitglieder des Gläubigerausschusses.

Wetzlar, 17. 11. 1959 **Amtsgericht**

**3608****Beschluß**

N 1/53: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Germania Glühlampenfabrik Gebrüder Hild und Holstein OHG in Bebra:

Zur Beschlußfassung über eine gegen die Kreissparkasse Rotenburg zu erhebende Schadensersatzklage wird eine Gläubigerversammlung auf Dienstag, den 15. Dezember 1959, um 10 Uhr vor dem hiesigen Amtsgericht, Sitzungssaal, anberaumt.

Rotenburg (Fulda), 11. 11. 1959  
**Amtsgericht**

**3609****Beschluß**

3 N 16/56: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß der Marie Allendorfer, geb. Hossbach, in Lützellinden, wird Schlußtermin auf den 23. Dezember 1959, um 9 Uhr vor dem Amtsgericht hier, Zimmer 20, bestimmt.

Der Termin dient zur Entgegennahme des Schlußberichtes und der Schlußrechnung des Konkursverwalters, zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen und zur Anhörung der Gläubiger über die Anregung des Konkursverwalters zur Einstellung des Verfahrens mangels Masse.

Wetzlar, 17. 11. 1959 **Amtsgericht**

**3610****Beschluß**

3 N 13/56: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des Kaufmanns Friedrich Allendorfer, in Lützellinden, wird Schlußtermin auf den 23. Dezember 1959, um 9 Uhr vor dem Amtsgericht hier, Zimmer 20, bestimmt.

Der Termin dient zur Entgegennahme des Schlußberichtes und der Schlußrechnung des Konkursverwalters, zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen und zur Anhörung der Gläubiger über die Anregung des Konkursverwalters zur Einstellung des Verfahrens mangels Masse.

Wetzlar, 17. 11. 1959 **Amtsgericht**

**3611****Beschluß**

62 N 54/58: In dem Konkursverfahren über das Vermögen 1. der Strumpf- fabrik Weidmüller & Co., Wiesbaden-Biebrich, Breslauer Straße 16, 2. des persönlich haftenden Gesellschafters der Firma Weidmüller, Kaufmann Jens Weidmüller in Wiesbaden-Biebrich, Breslauer Straße 16, wird Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen sowie zur Beschlußfassung über weitere Verpachtung und die Führung eines Rechtsstreites bestimmt auf den 30. November 1959, um 11 Uhr Zimmer 247.

Wiesbaden, 17. 11. 1959  
**Amtsgericht**

**3612****Beschluß**

62 N 34/56: Das Anschlußkonkursverfahren über das Vermögen der Eheleute Karl Köhl und Maria, geb. Krohmann, Inhaber einer Nutzholzhandlung in Wiesbaden, Alwinenstraße 10, früher Horb a/ Neckar, wird eingestellt, nachdem sämtliche Konkursgläubiger der Einstellung zugestimmt haben.

Wiesbaden, 16. 11. 1959 **Amtsgericht**

**Zwangsversteigerungen**

**Sammelbekanntmachung.** Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt, und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald spätestens zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

**3613****Beschluß**

K 11/59 — Das im Grundbuch von Heimboldshausen, Band 18, Blatt 491, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Heimboldshausen, Flur 3, Flurstück 286/47, Lieg.-B. 340, Gründland, die Lehmgrube, 14,49 Ar, soll am 3. Februar 1960, um 9 Uhr im Gerichtsgebäude, Bad Hersfeld, Dudenstraße Nr. 10, Zimmer 13, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 14. Oktober 1959 (Tag des Versteigerungsvermerks): Margarete Wedekind, geb. Weitz, in Kassel-Rotenditmoold.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 1750,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Bad Hersfeld, 19. 11. 1959 **Amtsgericht**

**3614****Beschluß**

K 4/59 — Die im Grundbuch von Bad Hersfeld, Band 137, Blatt 5104, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bad Hersfeld, Flur 47, Flurstück 1, Lieg.-B. 3440, Acker, Lüderitzstraße, 72,45 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Bad Hersfeld, Flur 47, Flurstück 2, Ackerland, daselbst, 21,73 Ar, sollen am 13. Januar 1960, um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Bad Hersfeld, Dudenstraße 10, Zimmer 13, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 8. April 1959, Tag des Versteigerungsvermerks, a) Charlotte Friedrich, Bad Hersfeld, als Miteigentümerin zu  $\frac{3}{10}$ , b) Paula Friedrich, Bad Hersfeld, als Miteigentümerin zu  $\frac{3}{10}$ , c) Landwirt Hans Friedrich, Bad Hersfeld, als Miteigentümer zu  $\frac{4}{10}$ .

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Bad Hersfeld, 3. 10. 1959 **Amtsgericht**

**3615**

K 10/59: Das im Grundbuch von Dautphe, Band 10, Blatt 390, eingetragene Grundstück

Nr. 20, Gemarkung Dautphe, Flur 3, Flurstück 92, Hof- u. Gebäudefläche, Haus Nr. 51 = 6,68 Ar, Lieg.-B. 237, Geb.-B. 118, soll am Montag, den 8. Februar 1960, um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude, Hainstr. 72, Zimmer Nr. 7, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 28. April 1959, Tag des Versteigerungsvermerks, Metzgermeister Heinrich Hermann Reitz in Wilhelmshütte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

Bliedenkopf, 17. 11. 1959      Amtsgericht

**3616****Beschluß:**

6 K 41/59: Die im Grundbuch von Eberstadt, Band 52, Blatt 3135, eingetragenen Grundstücke:

lfd. Nr. 1, Fl. 2, Nr. 362, Ackerland im großen Escholl in der Eck am Haag 8,25 Ar;

lfd. Nr. 2, Fl. 2, Nr. 363, Ackerland, daselbst 8,61 Ar;

lfd. Nr. 5, Fl. 2, Nr. 501, Ackerland (Obstb.) im großen Escholl, stößt auf die Bach 6,56 Ar;

lfd. Nr. 6, Fl. 1, Nr. 290/3, Ackerland, Alte Sackgasse 5,94 Ar;

lfd. Nr. 7, Fl. 1, Nr. 290/2, Hof- und Gebäudefläche, das. Nr. 12 1,12 Ar;

lfd. Nr. 8, Fl. 1, Nr. 290/1, Gartenland, daselbst 0,85 Ar.

Betrag der Schätzung: lfd. Nr. 1 660,— Deutsche Mark; lfd. Nr. 2 688,80 DM; lfd. Nr. 5 524,50 DM; lfd. Nr. 6 1188,— DM; lfd. Nr. 7 u. 8 4672,50 DM.

sollen am Donnerstag, den 4. Februar 1960, um 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz 12, Zimmer 418 durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 16. Oktober 1959, Tag des Versteigerungsvermerks, Landwirt Philipp Kern in Darmstadt-Eberstadt, Engelsmühle

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

Darmstadt, 9. 11. 1959      Amtsgericht

**3617**

84 K 120/58: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll das im Grundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk Fechenheim, Band 20, Blatt 730, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 3, Gemarkung Fechenheim, Flur P, Flurstück 956/120, Hof- und Gebäudefläche Starkenburger Straße 50 und 50 H., Größe 5,57 Ar, am 27. Januar 1960, um 10 Uhr im Gerichtsgebäude B, Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, Zimmer 337, III. Stock versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 23. Juli 1958 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): 1. Witwe des Weißbinders Karl Eckhardt, Johanna geb. Ewald zu Fechenheim, zur ideellen Hälfte, 2. a) des Oberregisseurs Karl Philipp Eckhardt in Berlin W 50, b) des Weißbinders Peter Johann Eckhardt in Neu-

Isenburg, c) des Kaufmanns Friedrich Wilhelm Eckhardt in Ffm.-Fechenheim, zu 2 a)—c) zur ideellen Hälfte in ungeteilter Erbengemeinschaft beschränkt durch das der Witwe zu 1. zustehende Statutarerbrecht und Solmsers Landrecht.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 33 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

Frankfurt (Main), 16. 11. 1959      Amtsgericht, Abt. 84

**3618**

84 K 73/58: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft sollen die im Grundbuch von Griesheim, Band 30, Blatt 737, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 2, 3, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13 und 14, Flur 7, Flurstück 139, Wiese Mainwiese, Größe: 6,43 Ar, Flur 7, Flurstück 169, Wiese daselbst, 7,23 Ar, Flur 15, Flurstück 127, Acker Naßgewann, 20,44 Ar, Flur 6, Flurstück 311/1, Acker Waldstraße, 13,40 Ar, bebauter Hofraum daselbst, 0,50 Ar, Flur 7, Flurstück 367/135, Wiese Mainwiese, 2,05 Ar, Flur 7, Flurstück 424/136, Wiese daselbst, 6,39 Ar, Flur 7, Flurstück 137, Wiese daselbst, 3,93 Ar, Flur 7, Flurstück 137 a, Wiese daselbst, 3,52 Ar, Flur 7, Flurstück 138, Wiese daselbst, 3,52 Ar, Flur 7, Flurstück 386/166, Wiese daselbst, 0,80 Ar, Flur 7, Flurstück 167, Wiese daselbst, 7,72 Ar, Flur 7, Flurstück 168, Wiese daselbst, 7,74 Ar, am 12. Januar 1960, 14 Uhr, im Gerichtsgebäude Ffm.-Höchst, Zuckschwerdtstraße 58, Zimmer Nr. 23, I. Stock, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 7. 5. 1957 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Witwe Therese Kipp geb. Schindling in Ffm.-Griesheim. Der Wert der Grundstücke wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt wie folgt: lfd. Nr. 2 = 1950,— DM, lfd. Nr. 3 = 2150,— DM, lfd. Nr. 5 = 10 000,— DM, lfd. Nr. 6 = 8000,— DM, lfd. Nr. 7 = 600,— DM, lfd. Nr. 8 = 1900,— DM, lfd. Nr. 9 = 1200,— DM, lfd. Nr. 10 = 1050,— DM, lfd. Nr. 11 = 1050,— Deutsche Mark, lfd. Nr. 12 = 250,— DM, lfd. Nr. 13 = 2300,— DM, lfd. Nr. 14 = 2300,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

Frankfurt (Main), 13. 11. 1959      Amtsgericht, Abt. 84

**3619**

84 K 172/58: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll das im Grundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk Bockenheim, Band 67, Blatt 2655, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bockenheim, Flur U, Flurstück 277/156, Hof- und Gebäudefläche Rödelheimer Landstr. 28 = 5,36 Ar groß, am 27. Januar 1960 um 9 Uhr im Gerichtsgebäude B, Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, Zimmer 337, III. Stock, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 4. 11. 1958 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): 1. die Verkäuferin Berta Schmidt in Frankfurt (Main), zur ideellen Hälfte, 2. a) die Wwe. Martha Emma Schmidt, geb. Goldammer, b) Frau Gerda Berta Maria Wittenberger geb. Schmidt,

c) Frau Margot Margarete Holzhauser, geb. Schmidt — zu 2 a)—c) wohnhaft in in Frankfurt (Main) in ungeteilter Erbengemeinschaft zur anderen ideellen Hälfte. Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 45 000,— DM

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

Frankfurt (Main), 8. 11. 1959      Amtsgericht, Abt. 84

**3620**

3 K 8/59: Die im Grundbuch von Frickhofen, Band 15, Blatt 594, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Flur 24, Flurstück 196/78, Hof- und Gebäudefläche, Wilsenröther Str. Nr. 2 = 4,94 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 24, Flurstück 203/78, Hofraum, Wilsenröther Straße = 0,51 Ar.

lfd. Nr. 3, Flur 24, Flurstück 78/4, Hofraum, daselbst = 1,39 Ar, sollen am 27. Januar 1960, um 11 Uhr im Gerichtsgebäude durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 25. 8. bzw. 8. 10. 1959, Tag des Versteigerungsvermerks, der Maurer Ferdinand Strieder und seine Ehefrau Auguste, geb. Schmitt, in Frickhofen zu je 1/2.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für lfd. Nr. 1 auf 17 500,— DM, für lfd. Nr. 2 auf 200,— Deutsche Mark, für lfd. Nr. 3 auf 200,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

Hadamar, 9. 11. 1959      Amtsgericht

**3621**

3 K 6/59: Das im Grundbuch von Elz, Band 62, Blatt 2455, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Elz, Flur 34, Flurstück 756/136, Hof- und Gebäudefläche, Mühlgasse Nr. 18 = 4,81 Ar, soll am 27. Januar 1960, um 10 Uhr im Gerichtsgebäude durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 22. 5. 1959, Tag des Versteigerungsvermerks, Galvaniseur Franz Schläffer in Limburg (Lahn).

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt: 35 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

Hadamar, 6. 11. 1959      Amtsgericht

**3622**

4 K 16/57: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Erbstadt, Band 20, Blatt 709, eingetragenen, nachstehend beschriebenen Grundstücke am 1. Februar 1960, um 10 Uhr im Gerichtsgebäude Hanau a. M., Nußallee 17, Zimmer 13, versteigert werden.

Gemarkung Erbstadt, lfd. Nr. 1, Flur 4, Flurstück 114, Hof- und Gebäudefläche Linsengasse 17 = 4,46 Ar; lfd. Nr. 2, Flur 6, Flurstück 233/82, Ackerland, durch den Wiener Weg = 23,56 Ar; lfd. Nr. 3, Flur 7, Flurstück 115, Ackerland, das Naumburger Feld = 47,73 Ar; lfd. Nr. 4, Flur 7, Flurstück 118, Ackerland, daselbst = 23,79 Ar; lfd. Nr. 5, Flur 5, Flurstück

Nr. 133, Ackerland, die Lindenbaumgärten = 6,45 Ar; lfd. Nr. 6, Flur 3, Flurstück 165/30, Ackerland, auf der Landwehr = 20,82 Ar; lfd. Nr. 7, Flur 6, Flurstück 238/173, Ackerland, der Platzacker = 41,22 Ar; lfd. Nr. 8, Flur 7, Flurstück 86, Ackerland, das Naumburger Feld = 30,79 Ar; lfd. Nr. 9, Flur 6, Flurstück 235/84, Ackerland, durch den Wiener Weg = 23,56 Ar; lfd. Nr. 10, Flur 6, Flurstück 237/172, Ackerland, der Platzacker = 47,18 Ar; lfd. Nr. 11, Flur 3, Flurstück 167/31, Ackerland, auf der Landwehr = 20,82 Ar; lfd. Nr. 12, Flur 3, Flurstück 168/31, Ackerland, daselbst = 23,55 Ar; lfd. Nr. 13, Flur 7, Flurstück 10, Ackerland, das Naumburger Feld = 24,02 Ar; lfd. Nr. 14, Flur 1, Flurstück 178/84, Ackerland, im Lützelfeld = 11,40 Ar; lfd. Nr. 15, Flur 2, Flurstück 171/82, Ackerland, an der hohen Linde = 25,28 Ar; lfd. Nr. 16, Flur 3, Flurstück 224/7, Ackerland, auf der Landwehr = 30,40 Ar; lfd. Nr. 17, Flur 6, Flurstück 310/123, Ackerland, auf dem Mittelfelde = 27,50 Ar; lfd. Nr. 18, Flur 1, Flurstück 65, Ackerland, im Lützelfeld = 15,78 Ar; lfd. Nr. 19, Flur 6, Flurstück 115, Ackerland, auf dem Mittelfelde = 41,63 Ar; lfd. Nr. 21, Flur 4, Flurstück 109, Gebäudefläche, Linsengasse = 0,94 Ar;

Gemarkung Eichen, lfd. Nr. 20, Flur 19, Flurstück 27, Ackerland, die Hundert Morgen = 11,87 Ar.

Der Versteigerungsvermerk ist am 20. August 1957 in das Grundbuch eingetragen worden. Als Eigentümer war damals der Landwirt Heinrich Karl Rupp I. in Erb-stadt eingetragen.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG auf 35 900,— DM festgesetzt. Die Einzelwerte können durch Einsicht in die Gerichtsakten festgestellt werden. Bieter müssen in Besitze einer Bietgenehmigung des Landwirtschaftsgerichts in Windecken sein. Auf Antrag eines Beteiligten ist in Höhe von 10% des Bargebots Sicherheit zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

Hanau (Main), 19. 11. 1959

Amtsgericht, Abt. 4

**3623**

4 K 8/59: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Oberdorfelden Band 9, Blatt 303, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Oberdorfelden, Flur 2, Flurstück 29/1, Hof- und Gebäudefläche, Pfarrgasse Nr. 38 = 2,74 Ar am 18. Januar 1960, um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Hanau, Nußallee 17, Zimmer 13, versteigert werden. Der Versteigerungsvermerk ist am 29. April 1959 in das Grundbuch eingetragen worden.

Als Eigentümerin des Grundstücks war damals die Ehefrau Katharina Weisenstein geb. Schäfer in Oberdorfelden eingetragen.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG auf 28 000,— DM festgesetzt. Kaufliebhaber werden darauf aufmerksam gemacht, daß in Höhe von 10% des Bargebots auf Antrag eines Beteiligten Sicherheit zu leisten ist.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

Hanau (Main), 12. 11. 1959

Amtsgericht, Abt. 4

**3624**

4 K 16/59: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Niederrodenbach, Band 19, Blatt 922, eingetragenen, nachstehend beschriebenen Grundstücke am 25. Januar 1960, um 10 Uhr im Gerichtsgebäude Hanau, Nußallee Nr. 17, Zimmer 13, versteigert werden.

Gemarkung Niederrodenbach, lfd. Nr. 5, Flur 18, Flurstück 123, bebauter Hofraum, Hanauer Landstraße Nr. 21 = 8,63 Ar; lfd. Nr. 2, Flur 18, Flurstück 122/2, Gartenland am Hanauer Weg = 3,27 Ar.

Der Versteigerungsvermerk ist am 15. 7. 1959 in das Grundbuch eingetragen worden. Als Eigentümerin war damals die Ehefrau Susi Kleinschrod geb. Gräbe in Niederrodenbach eingetragen.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG auf 22 600,— DM festgesetzt. Bieter haben auf Antrag eines Beteiligten in Höhe von 10% des Bargebots Sicherheit zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

Hanau (Main), 16. 11. 1959

Amtsgericht, Abt. 4

**3625**

5 K 12/59: Das im Grundbuch von Ballersbach, Band 10, Blatt 329 A, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Ballersbach, Flur 8, Flurstück 161/4, Hof- und Gebäudefläche, am Kaßberg 8,09 Ar, soll am 25. Januar 1960, um 10 Uhr im Gerichtsgebäude hier, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer Hilfsarbeiter Jost Fuchs und dessen Ehefrau Auguste geb. Hilck in Ballersbach je zur Hälfte.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 26 970,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

Herborn, 16. 11. 1959

Amtsgericht

**3626**

Beschluß

3 K 11-21/59. Die im Grundbuch von a) Mittelheim, Band 19, Blatt 728, b) Lorch, Band 25, Blatt 962, eingetragenen Grundstücke:

a) Gemarkung Mittelheim

lfd. Nr. 1, Flur 9, Flurstück 382/107, Lieg.-B. 982, Geb.-B. 85, Hof- und Gebäudefläche Hauptstraße 23 A = 7,24 Ar,

b) Gemarkung Lorch

lfd. Nr. 3, Flur 20, Flurstück 29, Lieg.-B. 2188, Ackerland Stollborn = 132,98 Ar, lfd. Nr. 9, Flur 85, Flurstück 162, Weingarten, Motzenpfad = 5,64 Ar, lfd. Nr. 10, Flur 91, Flurstück 41, Weingarten, Sonnenberg = 10,85 Ar,

sollen am 15. Januar 1960, um 9 Uhr im Gerichtsgebäude Rüdesheim (Rhein), Gerichtsstraße 9, Zimmer 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 14. Mai 1959/3. August 1959, Tag des Versteigerungsvermerks, 1. Karl Rohr, Emmers-

weller (Saar), Rosselstraße 62, 2. die Minderjährigen: Ursula Rohr, Lucia Rohr, Michael Rohr, Gabriele Rohr, Gisela Rohr, alle Winkel (Rhg.), gesetzlich vertreten durch Herrn Gottfried Rohr, Winkel (Rhg.), Hauptstr. 110, 3. Frau Lucie Schilling, geb. Rohr, Mittelheim (Rhg.), in ungeteilter Erbengemeinschaft.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt bzgl. des Grundstücks Mittelheim, Bl. 728, auf 82 340,— DM, bzgl. des Grundstücks Lorch, Bl. 962, lfd. Nr. 3 auf 500,— DM, bzgl. des Grundstücks Lorch, Bl. 962, lfd. Nr. 9, auf 800,— DM, bzgl. des Grundstücks Lorch, Bl. 962, lfd. Nr. 10, auf 1000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

Rüdesheim (Rhein), 10. 11. 1959

Amtsgericht

**3627**

Beschluß

3 K 18-19/59: Die im Grundbuch von Winkel a) Band 23, Blatt 904, b) Band 32, Blatt 1242, eingetragenen Grundstücke:

a) Band 23, Gemarkung Winkel

lfd. Nr. 2, Flur 50, Flurstück 108, Lieg.-B. 820, Geb.-B. 176, Hof- und Gebäudefläche Schnitterweg Nr. 2 = 2,35 Ar, lfd. Nr. 8, Flur 50, Flurstück 109, Gartenland Schnitterweg = 1,02 Ar, lfd. Nr. 9, Flur 45, Flurstück 43, Gartenland (Obst.) Sautt = 13,91 Ar, lfd. Nr. 10, Flur 45, Flurstück 94, Gartenland Hellersberg = 7,09 Ar, lfd. Nr. 11, Flur 50, Flurstück 95, Hof- und Gebäudefläche Kirchstraße = 0,23 Ar,

b) Band 32, Gemarkung Winkel lfd. Nr. 1, Flur 45, Flurstück 42, Lieg.-B. 819, Ackerland (Obst.) Sautt = 7,49 Ar, sollen am 22. Januar 1960, um 9 Uhr im Gerichtsgebäude Rüdesheim (Rhein), Gerichtsstraße 9, Zimmer 12, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 1. Juli 1959, Tag des Versteigerungsvermerks,

a) 2. a) Ehefrau Steinmetzmeister Jakob Schäfer, Karolina — Rufname Lina — geb. Rickert, in Rüdesheim/Rhein, b) Ehefrau Steinmetzmeister Georg Schäfer, Mina, geb. Rickert, in Winkel (Rhg.) zu a) und b) je zu 1/2.

b) 1. a) Steinmetzmeister Georg Schäfer in Winkel (Rhg.), b) die Ehefrau Georg Schäfer, Minna, geb. Rickert, in Winkel/Rhg. als Miteigentümer zu je der Hälfte.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt bzgl. Grundstück lfd. Nr. 2 v. Blatt 904 auf 30 000,— Deutsche Mark, bzgl. Grundstück lfd. Nr. 8 v. Blatt 904 auf 250,— DM, bzgl. Grundstück lfd. Nr. 9 v. Blatt 904 auf 3600,— DM, bzgl. Grundstück lfd. Nr. 10 v. Blatt 904 auf 1800,— DM, bzgl. Grundstück lfd. Nr. 11 v. Blatt 904 auf 150,— DM, bzgl. Grundstück lfd. Nr. 1 v. Blatt 1242 auf 2000,— DM.

Bezüglich aller Grundstücke ist Bietgenehmigung des Landwirtschaftsamtes Eltville im Termin vorzulegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

Rüdesheim (Rhein), 10. 11. 1959

Amtsgericht

**3628****Beschluß**

K 23/58: Die im Grundbuch von Froschhausen, Band 11, Blatt 769, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Fl. 1, Flst. 136/1, Gartenland, der Ort = 0,95 Ar, Wert: 285,— DM;

lfd. Nr. 2, Fl. 1, Flst. 137/6 Hof- u. Gebäudefläche, Seligenstadter Straße 29 = 3,46 Ar, Wert: 1038,— DM;

lfd. Nr. 3, Fl. 1, Flst. 186, Grünland, beim Schnakengraben = 0,84 Ar, Wert: 25,20 DM;

lfd. Nr. 4, Fl. 1, Flst. 233, Ackerland daselbst = 0,16 Ar, Wert: 4,80 DM und Grünland daselbst = 0,25 Ar, Wert: 7,50 DM;

lfd. Nr. 5, Fl. 1, Flst. 477, Grünland, auf dem Eichstecken = 8,50 Ar, Wert: 255,— DM;

lfd. Nr. 6, Fl. 1, Flst. 478, Grünland, daselbst = 8,44 Ar, Wert: 253,20 DM;

lfd. Nr. 7, Fl. 1, Flst. 539, Grünland, auf den Bornwiesen = 2,31 Ar, Wert: 69,30 DM;

lfd. Nr. 8, Fl. 1, Flst. 907, Gartenland, die Kappesgärten = 0,33 Ar, Wert: 9,90 Deutsche Mark;

lfd. Nr. 9, Fl. 1, Flst. 1039, Gartenland, daselbst = 0,23 Ar, Wert: 6,90 DM;

lfd. Nr. 10, Fl. 3, Flst. 49, Grünland,

im Giern = 13,94 Ar, Wert: 418,20 DM; lfd. Nr. 11, Fl. 3, Flst. 396, Grünland, auf d. Betten = 3,81 Ar, Wert: 114,30 DM;

lfd. Nr. 12, Fl. 3, Flst. 548, Ackerland, auf die Chaussee u. den Mittelweg = 14,44 Ar, Wert: 577,60 DM;

lfd. Nr. 13, Fl. 3, Flst. 593, Ackerland, im Kleinburkardsfeld = 4,31 Ar, Wert: 172,40 DM;

lfd. Nr. 14, Fl. 3, Flst. 1189, Ackerland, links auf den Stehweg = 5,63 Ar, Wert: 168,90 DM;

lfd. Nr. 15, Fl. 3, Flst. 1190, Ackerland, daselbst = 5,94 Ar, Wert: 169,20 DM;

lfd. Nr. 16, Fl. 3, Flst. 1204, Ackerland, vorm Rötherschlag = 5,25 Ar, Wert: 157,50 DM;

lfd. Nr. 17, Fl. 4, Flst. 26, Ackerland, auf die Menslachen = 6,81 Ar, Wert: 204,30 DM;

lfd. Nr. 20, Fl. 5, Flst. 417, Ackerland, über den Reitpfad = 12,50 Ar, Wert: 4750,— DM;

lfd. Nr. 21, Fl. 6, Flst. 268, Ackerland, bei den Fuchslöchern = 5,44 Ar, Wert: 108,80 DM;

lfd. Nr. 22, Fl. 6, Flst. 513, Ackerland, auf den Klingensatz = 9,00 Ar, Wert: 270,— DM;

lfd. Nr. 23, Fl. 5, Flst. 341/1, Bauplatz,

Hanauer Landstraße = 4,60 Ar, Wert: 1380,— DM;

lfd. Nr. 24, Fl. 5, Flst. 341.2, Ackerland, auf den Reitpfad = 11,31 Ar, Wert: 3390,— DM

sollen am Mittwoch, dem 18. Januar 1960, um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude in Seligenstadt, Klosterhof Nr. 2, Zimmer Nr. 3, durch Zwangsvollstreckung — zur Aufhebung der Gemeinschaft — versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 21. November 1958, Tag des Versteigerungsvermerks, Maria Margaretha Sahn, geb. Blumöhr, Wwe. des Spenglers Martin Sahn in Weiskirchen.

Der Wert der Grundstücke wurde nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt durch Beschluß vom 17. Februar 1959. Kaufliebhaber haben auf berechtigtes Verlangen eines Beteiligten Sicherheit in Höhe von 10 v. H. des Bargebotes zu leisten. Zur wirksamen Abgabe von Geboten ist die Vorlage einer rechtskräftigen Genehmigung des Landwirtschaftsgerichts beim Amtsgericht Seligenstadt (Hessen) erforderlich.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

Seligenstadt (Hessen), 10. 11. 1959  
Amtsgericht

**3629****Andere Behörden und Körperschaften**

**AUFFORDERUNG:** Die Nachgenannten haben die Kraftloserklärung der auf ihren Namen ausgestellten Sparkassenbücher beantragt: 1. Ekke Stroh, geb. Reitz, Sprendlingen, Mittelstr. 3, Sparkassenbuch H 46 045, 2. Marie Lapp, geb. Dohn, Groß-Gerau, Weingartenstr. 24, Sparkassenbuch H 48 378, 3. Heinz Engel, Wortfelden, Unterdorf 28, Sparkassenbuch H 67 861, 4. Heinrich Walther und Ehefrau Elisabeth, geb. Jung, Rüsselsheim, Sparkassenbuch R 45 076, 5. Heinrich Luley 8., Trebur, Astheimerstr. 31, Sparkassenbuch R 45 724, 6. Heinrich Berger jun., Rüsselsheim, Sparkassenbuch R 46 053, 7. Lothar Fautz, Rüsselsheim, Haßlocher Str. 45, Sparkassenbuch R 55 428, 8. Gerhard August Seipp, Rüsselsheim, Königstädter Str. 9, Sparkassenbuch R 65 781, 9. Anna Maria Diehl, Gernsheim, Schaßstr. 1, Sparkassenbuch G 45 794, 10. Konrad Trabes, Allmendfeld, Sparkassenbuch G 44 034, 11. Johannes Klaus Lehmann, Kelsterbach, Feldstr. 53, Sparkassenbuch Ke 45 644.

Die Inhaber der Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.  
Groß-Gerau, 19. 11. 1959

Kreissparkasse Groß-Gerau  
Der Vorstand

**3630**

**Kraftloserklärung:** Durch Beschluß vom 19. 11. 1959 ist das Sparkassenbuch Nr. 3509, lautend auf Frau Bröckelmann, Kammerat, in Laubach, für kraftlos erklärt worden.  
Laubach, 19. 11. 1959

Bezirkssparkasse Laubach  
Der Vorstand

**3632**

Bei dem Landkreis Obertaunus (100 000 Einwohner) ist die

**Stelle des Landrats**

zum 1. Juli 1960 für 6 Jahre zu besetzen, da der jetzige Stelleninhaber in den Ruhestand tritt.

Der Bewerber soll über Verwaltungspraxis und umfangreiche kommunalpolitische Erfahrung verfügen. Juristische Vorbildung erwünscht, jedoch keine Bedingung.

Die Besoldung richtet sich nach dem Hessischen Gesetz über die Bezüge der Wahlbeamten der Gemeinden und Landkreise vom 29. 10. 1953 in der Fassung des Gesetzes vom 20. 12. 1957 (GVBl. S. 174). Amtsbezüge werden nach L 2 gezahlt. Bad Homburg v. d. H. ist Ortsklasse S. Dienstwohnung ist nicht vorhanden.

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf, lückenlosem Nachweis der bisherigen Tätigkeit durch Zeugnisabschriften, zeitnahe Lichtbild, polizeiliches Führungszeugnis und sonstigen Befähigungsnachweisen werden bis zum 10. Januar 1960 in geschlossenem Briefumschlag mit dem Kennwort „Landratswahl“ an den Vorsitzenden des Landrats-Wahlausschusses, Bad Homburg v. d. H., Louisenstraße 86/90, erbeten.

Persönliche Vorstellung nur auf schriftliche Einladung.

Bad Homburg v. d. H., 16. 11. 1959

Landkreis Obertaunus  
Der Kreisausschuß  
Heinrich Kraft  
1. Kreisbeigeordneter

**3631**

Bei der Gemeinde Eschborn (Krs. Main-Taunus), 3800 Einwohner, ist baldmöglichst die Stelle des leitenden Bürobeamten

**Gemeindeinspektor**

neu zu besetzen. Beamte werden im Wege des Dienstherrenwechsels übernommen, Angestellte zunächst als Tarifangestellte angestellt.

Es kommen nur Bewerber in Frage, die die II. Verwaltungsprüfung abgelegt haben und über gründliche Kenntnis im Kommunaldienst und Haushaltswesen verfügen.

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf, beglaubigten Zeugnisabschriften und Lichtbild erbeten bis zum 10. Dezember 1959 an den Gemeindevorstand Eschborn.

**3633 Öffentliche Ausschreibung**

**BAD HERSFELD:** Für die im Zuge der L.I.O. Nr. 3254 bei km 2,1 in der Gemarkung Reilos, Krs. Hersfeld, gelegene Brückenneubau über den Rohrbach sollen die Erd- und Straßenbauarbeiten für die Brückenanschlüsse und die mit dem Neubau in Verbindung stehende Bachverlegung in öffentlicher Ausschreibung vergeben werden.

Bewerber, die die Ausschreibungsunterlagen zu erhalten wünschen, werden gebeten, dies dem Hessischen Straßenbauamt Bad Hersfeld, Dudenstraße 17a, bis spätestens zum 3. 12. 1959 mitzuteilen und dabei anzugeben, ob die Unterlagen abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen.

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten in Höhe von 4,00 DM für zwei Ausfertigungen ist beizufügen. (Einzahlung bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 6753.)

Eröffnungstermin am 11. 12. 1959, um 11 Uhr.

Hessisches Straßenbauamt Bad Hersfeld

**3634**

**FRANKFURT (MAIN):** Die Arbeiten für die Herstellung der Befestigung je eines Fahr- und Radweges parallel der Unterführung der Bahnlinie Seligenstadt-Babenhausen bei km 200,6+19,83 und die

Anlage eines unbefestigten Waldweges bei km 200,2 der Bundesautobahn Frankfurt (M.)—Nürnberg sollen im öffentlichen Wettbewerb vergeben werden.

Es sind u. a. herzustellen:

- 2 800 m<sup>2</sup> wassergebundene Decke auf Schotterunterbau
- 400 m<sup>2</sup> Kleinpflasterdecke auf Schotterunterbau
- 200 lfdm Tiefbordsteine
- 780 m<sup>2</sup> Böschungspflaster
- 2 000 m<sup>2</sup> unbefestigte Waldwege
- 700 lfdm Gräben

Bewerber, welche die Ausschreibungsunterlagen zu erhalten wünschen, werden gebeten, dies dem Autobahnamt Frankfurt (M.), Münchener Straße 4-6, mitzutellen und anzugeben, ob die Unterlagen abgeholt werden oder durch die Post zugesandt werden sollen.

Die Quittung oder eine Ablichtung derselben über die Einzahlung der Selbstkosten in Höhe von 10,— DM ist beizufügen. Der Betrag ist bei der Staatskasse Frankfurt (M.) — Postscheckkonto 6821 — mit dem Vermerk „Autobahnamt Frankfurt (M.), Befestigung Fahr- und Radweg km 200,6“, einzuzahlen. Für Selbstabholer werden die bestellten Unterlagen ab 23. 11. 1959 in der Zeit von 9.00—15.00 Uhr auf Zimmer 422 ausgegeben. Unterlagen sind im Baubüro Erdios XII, Zellhausen, Kreuzung der L.I.O. 3065 mit der Autobahn, Telefon Seligenstadt 2072, einzusehen. Die Eröffnung der Angebote findet am 8. 12. 1959 statt.

Autobahnamt Frankfurt (M.), Münchener Straße 4-6

**Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Anstalten****A. W. BECKER & SÖHNE K. G.**

Textil-Großhandlung

Wiesbaden, Taunusstraße 52, Tel. 20987

Lieferant vieler staatlicher und kommunaler Behörden.  
Fordern Sie bitte unverbindliche bemusterte Angebote an.

**OTTO SCHWARK, Frankfurt/M.**

Börsenstraße 17 · Fernruf 24065

Reparatur und Reinigung

von Orient- und Deutschen Teppichen  
Kostenlose Beratung

Landkarten

Atlanten

Globen

Reiseführer

**R. EISENSCHMIDT G.m.b.H. FRANKFURT a. Main**

Vertriebsstelle für amtliche Kartenwerke

Schwanthaler Straße 59

Telefon 689231

**Rolf Kerst**

**JURISTISCHE FACHBUCHHANDLUNG**

Frankfurt/M., Klingerstr. 23 (am Gericht), Tel. 26870

Lieferung erfolgt portofrei und auch zur Ansicht

**Akademische Buchhandlung I. Wötzel**

Frankfurt/Main S 10, Paul-Ehrlich-Straße 26, Telefon 61657

**Fachbuchhandlung für Medizin**

Naturwissenschaften, Grenzgebiete

Bewährter Lieferant, subtiler Berater

für Bibliotheksausstattungen und in Anschaffungsfragen

Erbitten Sie unsere Angebote!

Beratung von Architekten, Bauämtern und Schulen bei Planung und Einrichtung **Naturwissenschaftlicher Unterrichtsräume**. Anfertigung von Installationskizzen, Blankettentwürfen usw.

**WALTHER KORSCH**

Frankfurt/Main, Dillenburger Straße 51 · Fernruf 524602



Haus für

Spielplatzanlagen

Fröbellehrmittel

Kindergartenbedarf

Kindergartenmöbel

**ERNST STAHL**

FRANKFURT AM MAIN - Niemandsfeld 30 - Tel. 558429

**PHYWE AG · Göttingen**

Lehrmittel und Schulmobiliar

für den naturwissenschaftlichen Unterricht

Vertretung für Südhessen: **H. Ludwig - E. Busch**

Offenbach/M., Frankfurter Str. 31, Telefon 83297

**Kindergartenbedarf-Lehrmittel für Sonderschulen**  
Einrichtung von Vorschulklassen-Material für Werken

**Fröbelhaus Forstmeyer**

Greuling & Schmidt

FRANKFURT/MAIN, VOGTSTRASSE 70 - TEL. 556035

Haltestelle Wolfgangstraße

*Man schaut zuerst bei* **FOTO-BRELL**

wegen der günstigen Gelegenheitspreise!

Kameras, Feldstecher, Zubehör und vieles mehr.  
Spezial-Abteilung: Japan-Gläser und -Kameras!

Frankfurt/M., Kaiserstr. 64, Henninger-Passage

**KLIMATECHNISCHE GESELLSCHAFT**

**FRANKFURT/MAIN**

**KTG**

Orber Str. 19, Tel. 85494 u. 881864

Lufttechnische und Klimaanlage,  
Klimageräte, Prüfräume etc.

Seit über 100 Jah.



Gardinen, Dekorationsstoffe, Teppiche

von

**Rudolf Düll**

Frankfurt a. M., Kaiserstr. 47, Tel. 332326

**8635**

**DARMSTADT:** Im Zuge der Landstraße II. Ordnung 71, Ortsdurchfahrt Steinau, km 7,954—km 8,680 und 430 lfdm. Gemeindestraße sollen u. a. folgende Bauarbeiten ausgeführt werden:

2200 m<sup>3</sup> Erdbewegung  
 1600 m<sup>3</sup> Sauberkeitsschicht  
 1700 t Schottereinbau  
 4600 m<sup>2</sup> Teppichbelag  
 1200 m<sup>2</sup> Gossenpflaster  
 Bauzeit: 160 Kalendertage.

Es können nur Angebote von Bietern berücksichtigt werden, die nachweisbar mit Erfolg Bauleistungen ähnlicher Art bereits ausgeführt und in ausreichender Anzahl geeignete Geräte sowie geeignete Fachkräfte für die termingerechte Ausführung der Bauleistungen verfügbar haben.

Bewerber, die die Ausschreibungsunterlagen zu erhalten wünschen, werden gebeten, dies dem Hessischen Straßenbauamt Darmstadt, Neckarstraße 3a, bis spätestens Mittwoch, den 2. 12. 1959, mitzutellen und dabei anzugeben, ob die Unterlagen abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 4,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlung bei der Staatskasse Darmstadt, Postscheckkonto Nr. 355 99, Postscheckamt Frankfurt/Main, mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen LIIO 71“. Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht am Freitag, dem

4. 12. 1959, in der Zeit von 8—12 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Darmstadt (Zimmer Nr. 206).

Zum Eröffnungstermin am Mittwoch, dem 16. 12. 1959, um 10.00 Uhr, sind die Angebote in verschlossenem Umschlag mit folgender Aufschrift einzureichen: „Angebot LIIO 71, Ortsdurchfahrt Steinau.“ Die Zuschlags- und Bindefrist beläuft sich gemäß VOB A § 19 Ziffer 1 auf 12 Werktage.

Darmstadt, 19. 11. 1959

Hess. Straßenbauamt

### Preis von Einzelstücken des Staats-Anzeiger

bei einem Umfang

bis 32 Seiten DM —,50

bis 40 Seiten DM —,60

über 40 Seiten DM —,70

zuzüglich DM —,10 bei Postversand.

Der Umfang ist aus dem Impressum jeder Ausgabe ersichtlich. Lieferung erfolgt gegen Vorauszahlung (auch Briefmarken) an Staats-Anzeiger, Wiesbaden, Herrnühlgasse 11 A, Schließfach 100 oder auf das Postscheckkonto des Verlages, Frankfurt (Main), Nr. 1173 37, Verlag Kultur und Wissen GmbH, Ffm., Münchener Straße 54 (auf dem Abschnitt Bestellung genau bezeichnen). Lieferung auf Rechnung nur bei Bezug von 5 und mehr Stücken. Kein Nachnahmeversand.

## Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Betriebe



# DRÖLL & SCHEUERMANN

Ffm., Roßmarkt 15  
 Tel. Sa.-Nr. 20056

Immobilien  
 Vermietungen  
 Aufbau-Organisation

Hypotheken  
 Beteiligungen  
 Geschäftsverkäufe

## PAUL GELDMACHER

FRANKFURT MAIN

FARBEN-WERK

KLINKER-VERTRIEB

ETERNIT-VERTRIEB

### BAUSTOFFE

Chemieprodukte GmbH Leverkusen-Rheindorf, Ruf Nr. 61371

## BFZ-TOK-Band als Dichtung im Kanalbau

Auskunft und Beratung erteilt:

Dipl.-Ing. W. Umlauf, Frankfurt/M., Niederräder Landstr. 42, Tel. 67 2181

## Adolf Selzer

- Zentralheizung
- Sanitäre Installationen

Stammhaus

**Bleichenbach (Oberh.)**

Tel.: Stockheim 258

**Hanau/Main**

Akademiestraße 35a

Tel.: Hanau 2991

*Spanner*

## Hauswasserzähler

## Woltmannwasserzähler



## Spanner & Loeven

Frankfurter Zählerfabrik

G M B H

WIESBADEN-KASTEL, Steinernstraße 19

Telefon: (06143) 2725

*Ozalid*

**LICHTPAUSEN  
 FOTO-KOPIEN  
 FOTO-DRUCKE**

Lichtpauspapiere  
 Technische Papiere

## F. Becker & Co.

Wiesbaden-Brebich  
 Wiesbadener Str. 43

Telefon • 6 20 41

## Helmut Wilken Ing.

Kanalbau • Kanalreinigung • Grubenentleerung • Baggerarbeiten

Frankfurt / M. • Bergerstraße 287 • Telefon 45067

Sie halten Ihre Termine, wenn Sie unsere zuverlässigen Kompressoren und Druckluftwerkzeuge benutzen.

**FMA POKORNY** FRANKFURT/M.  
 Tel. 770401

## Karl Dierkes

Wasserwerks- und Rohrnetzbau  
 Fernleitungen für Wasser, Gas, Öl

Wiesbaden. Mainzer Straße 23

## HAUS DER OELHEIZUNGEN

H. R. Oberländer

Ölfeuerungsanlagen für: Zentral- u. Etagenheizungen,  
 Kachel- u. Warmluftöfen

Lieferung von: **SOMY**-Ölöfen mit der blauen Flamme  
 Frankfurt/Main, Baseler Str. 35-37 Ruf: 334074  
 nach Geschäftsschluß: 313272

**Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Anstalten**

**Linnenkohl**

**DUROMA-KAFFEE**

*Diätfreundlich*

**A. H. LINNENKOHL**

Stammhaus Wiesbaden · Ellenbogengasse 15

Morgens - mittags - abends



Bad Vilbel

mit wertvollen Mineralien

Müssen Sie diät leben ???

**Reformhaus-Nahrung**



**Hoffmanns-Reform-Etage**

Ist nicht teuer, wenn von

Honig u. Reformwaren-Großhandel

Ein Beispiel: 10-Pfd.-Eimer Gebirgsblütenhonig DM 23,50

Frankfurt/Main, Taunusstraße 36 (Sta) · Ruf 33 69 64

Fordern Sie kostenlos die Waerlandbroschüre „Wie b'eiße ich gesund und leistungsfähig?“

**Jhr tägliches Mittagessen!**

**Fest- und Sonderessen** liefert prompt und gut

**Großküche für Fernverpflegung PAUL SCHRÖDER,**  
Offenbach/Main, Bieberer Straße 61 · Tel. 8 19 52

**HEINRICH MAITH K.G.**

Kühlmöbel

Spezialfabrik für Gaststätten- u. Kantinen-Einrichtungen

**OFFENBACH/M.-BÜRCEL · Telefon 8 24 35 u. 8 61 97**

**Georg Wenzens**

Großküchen-Einrichtungen  
Porzellan und Glaswaren

Anstaltsbedarf, Aluminium,  
Geräte,  
Elektro-Küchenmaschinen aller Art

**DARMSTADT**

Prälat-Diehl-Str. 11 · Tel. 7 61 63

**Milch · Butter · Käse**

**Eier - Speiseöl - Fette**

liefert prompt und günstig

**MOLKEREI JAK. BERZ**  
Bad Schwalbach  
Telefon 468 u. 336

**WMG - BERZ - KG**  
Wiesbaden, Dotzheimer Straße 150  
Telefon 436 57

**Fleisch- und Wurstwaren**  
auch als Konserven liefert:

**Wieland & Söhne**

Großschlächterei und Wurstfabrik

Frankfurt/Main, Petterweilstraße 4 - Telefon 4 18 24

Lieferant von

**Wild und Geflügel**

für Anstalten und Großküchen



**PETER BACHMANN**

FRANKFURT AM MAIN

Schillerstr. 44 · Telefon 272 47



liefert aus eigener Herstellung in besten  
Qualitäten und in allen Packungen

**Johs. Holzauer, Konservenfabrik, Frankfurt/M.-Niederrad**  
Telefon-Nr. 67 11 47 - 48 - 49

Sauerkraut  
Weinkraut  
Gurkenkonserven  
Rote Rüben  
Fleischsalat  
Mayonnaise  
Marinaden  
Tafelsenf

**Rudolf Sommer K.G.**

Haus- und Küchengeräte-Großhandel  
Großküchengeräte

Frankfurt (Main), Mainzer Landstraße 250/54 - Telefon: 33 61 09, 33 33 98

**krusti Glocken Brot**

das kleine Brot für den kleinen Bedarf

**OEL-BECHT**

SPEISEOEL-GROSSVERTRIEB

Ffm.-Heddernheim

Dillenburg Str. 23/25

Telefon 521426 u. 525703

**WERNER KOHN**

vorm. Schulz-Röttcher & Co.

Großhandel in Glas, Porzellan, Großküchen-, Anstalts- und Gaststättenbedarf,  
Hotelsilber, Bestecken, Küchenmaschinen, Elektrogeräten.

Werkvertretung u. Kundendienst: Palux-Kaffeemaschinen, -Espresso-Maschinen, -Fritüren

FRANKFURT AM MAIN · ZEIL 33 - 37 · TEL. SAMMEL-NR. 2 84 44  
Lagereinfahrt und Parkplätze an der Rückfront, Albusstraße 26-32.





## Ein Farbstoff macht Karriere

Lyon 1864. Mit Kennerblicken prüft Maitre Renard die grünen Seidenproben, die der Frankfurter Kaufmann de Ridder ins Licht der Gaslaterne hält, „*Quelle couleur merveilleuse!*“ staunt der Färbermeister; er ist sichtlich beeindruckt von dem leuchtenden Grün dieses neuen Farbstoffes. Alle Grünfärbungen, die er kennt, wirken abends blau, doch das Aldehydgrün der jungen Hoechst Farbwerte verliert auch bei Lampenlicht nichts von seiner Leuchtkraft, Ja, erst jetzt offenbart sich seine ganze Schönheit.

Renard macht sofort einige Färbeversuche. Dann läßt er eine Partie Seide einfärben und ein kostbares Abendkleid schneiden: „Ein Geschenk der Stadt Lyon an die Kaiserin Eugénie.“ Die ehrgeizige und liebenswerte Frau ist begeistert.

Am nächsten Abend erscheint sie damit in der Loge der Pariser Oper und genießt die bewundernden Blicke aller anwesenden Pariserinnen. Über Nacht wird Grün zur Modelfarbe in ganz Europa.

Heute umfaßt das Hoechster Sortiment Hunderte von Farbstoffen für die verschiedensten Verwendungszwecke. Besonders bekannt ist <sup>®</sup>Indanthren. In jüngster Zeit sind die <sup>®</sup>Imperon- und <sup>®</sup>Remazol-Farbstoffe hinzugekommen, die sich durch lebhaftere Farbtöne und eine einfache Anwendung auszeichnen. Für das Färben und Bedrucken von <sup>®</sup>TREVIRA und anderen Polyester-Fasern wurde das <sup>®</sup>Samaron-Sortiment entwickelt.



FARBWERKE HOECHST AG. vormalig Meister Lucius & Brüning FRANKFURT (M)-HOECHST